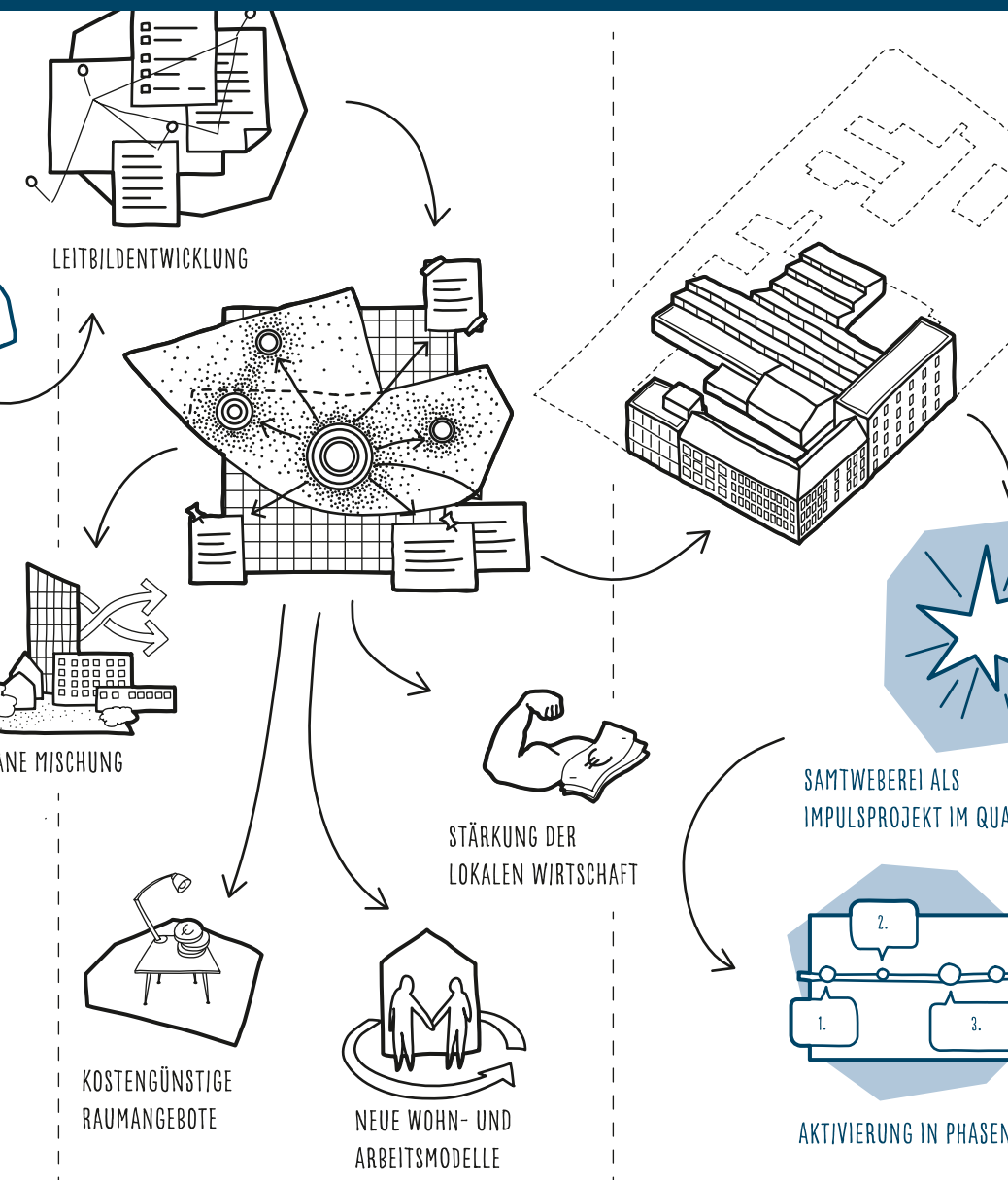




New Urban Agenda Konkret



New Urban Agenda Konkret

Fallbeispiele aus deutscher Sicht

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Allgemeine Ressortforschung“ (ReFo)
des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Referat I 3 Europäische Raum- und Stadtentwicklung
André Müller
andre.mueller@bbr.bund.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat Stadtentwicklungspolitik
Dr. Oliver Weigel, Tilman Buchholz
Krausenstraße 17-20
10117 Berlin

Auftragnehmer

Urban Catalyst^{studio}, Prof. Klaus Overmeyer
Prof. Dr. Philipp Misselwitz, Luca Mulé, Dr. Cordelia Polinna
Glogauer Straße 6
10999 Berlin
www.urbancatalyst-studio.de

Stand

September 2016

Gestaltung

Unverzagt. Visuelle Kommunikation

Bezugsquelle

www.bbsr.bund.de

Bildnachweis

Seite 66
Alle Illustrationen © Luca Mulé für Urban Catalyst^{Studio}

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist
nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

ISBN 978-3-87994-180-3

Bonn 2016

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die weltweite Verstädterung prägt das 21. Jahrhundert. Die Vereinten Nationen erwarten, dass im Jahr 2050 mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben werden. Wenn wir über nachhaltige Entwicklung reden, dann bezieht sich dieser Begriff immer mehr auf die urbanen Räume. Denn dort entscheidet sich, wie gut Herausforderungen wie soziale Ungleichheit, Umweltbelastungen oder auch ein hoher Ressourcenverbrauch bewältigt werden.

Im Oktober 2016 wird sich die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen in Quito über die New Urban Agenda verständigen. Sie soll nationalen Regierungen, lokalen Verwaltungen und Akteuren vor Ort Richtschnur für die Stadtentwicklung in Zukunft sein. Was bedeutet die Transformation unserer Kommunen in der Praxis? Wir möchten dazu unseren Beitrag leisten und mit diesem Heft auf konkrete Fallbeispiele in Stadtplanung und Stadtentwicklung aufmerksam machen. Nachhaltigkeit bezieht sich dabei auf unterschiedliche Schwerpunkte wie Integration, demografischer Wandel, Kommunal Finanzen und -wirtschaft, Energiewende, Bürgerbeteiligung sowie weitere Themen. Die Beispiele machen deutlich, dass viele kleine Schritte die Städte verändern und die Lebensbedingungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner verbessern.

Um den Austausch über Sprachgrenzen hinweg zu fördern, legen wir das Heft auch in englischer Sprache vor. Als Referenz an das Gastland Ecuador des HABITAT-III-Weltgipfels erscheint es ebenfalls in spanischer Sprache.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.



Direktor und Professor Harald Herrmann



Inhalt

Einführung	6
1 Vor welchen Transformationsherausforderungen steht Deutschland?	12
Demografischer Wandel	14
Klima- und Energiewende	16
Wirtschaftlicher Strukturwandel	18
2 Steuerung – Welche Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente der räumlichen Planung stehen zur Verfügung?	20
3 Handlungsbeispiele – Dialogische Planung als neues Leitbild?	24
3.1 Wer formuliert die Ziele der räumlichen Planung?	28
Nationale Stadtentwicklungspolitik	30
Regionale Kooperation: Von der IBA Emscher Park zur Metropole Ruhr	32
Städtische Leitbilder: Perspektive München	34
Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte: EKI Mannheim	36
Bürgerbeirat: Landesgartenschau Apolda	38
3.2 Wie werden Ziele zu integrierten, akteursorientierten Planungen?	40
Revitalisierung innerstädtischer Quartiere: Leipziger Westen	42
Transformation Großwohnsiedlungen: Halle-Neustadt	44
Konversionsflächen: Parkstadt Süd	46
3.3 Welche Akteurinnen und Akteure bauen Stadt?	48
Stadtverwaltung: Mainuferpark, Aschaffenburg	50
Kulturinstitutionen: Ein Theater als urbaner Akteur, Köln	51
Wohngenossenschaft: Spreefeld, Berlin	52
Stiftung: Alte Samtweberei, Krefeld	53
Unternehmerinitiative: Masterplan MG 3.0, Mönchengladbach	54
Sozialunternehmer: Prinzessinnengärten, Berlin	55
Bürgerinitiative: PlanBude, Hamburg	56
Bürgerinitiative: Initiative Bundesplatz, Berlin	57
Zwischennutzer: Bildungs- und Kompetenzzentrum „HausHalten“, Leipzig	58
Zivilgesellschaft: Kitchen-Hub, Berlin	59
Jugendliche: Neue Skate-Halle für Kassel	60
4 Werkzeugkasten	61
5 Quellen	66
6 Bildnachweis	66

NEW URBAN

AGENDA

KONKRET

Die Studie „New Urban Agenda Konkret – Fallbeispiele aus deutscher Sicht“ versteht sich als Teil eines deutschen Beitrages zur Diskussion über die für die Umsetzung der New Urban Agenda notwendigen Werkzeuge und Instrumentarien. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Kreativität und Offenheit, mit denen viele deutsche Kommunen, Stadtregionen und Städtenetzwerke sich aktuellen und immer komplexeren Transformationsherausforderungen stellen.

Durch Fallstudien wird der sich abzeichnende Wandel zur akteurs- und prozessorientierten dialogischen Planungskultur in Deutschland aufgezeigt. Das Verständnis von Planungs- und Baukultur als „Prozessqualität“ stellt zunehmend die Rolle und Verantwortung der Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Mittelpunkt. Anhand der Fallbeispiele wird aufgezeigt, dass räumliche Planung kein statisches System ist, sondern dass sich planerische Ansätze, Instrumentarien und Projekte dynamisch weiterentwickeln lassen müssen. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass Prinzipien und Instrumente der räumlichen Planung in Deutschland bereits einen guten Rahmen für die Bewältigung der städtebaulich-räumlichen Herausforderungen bieten, vor denen deutsche Städte und Kommunen aktuell stehen.

In diesem Sinne soll die vorliegende Veröffentlichung Kommunen und Planerinnen und Planer in der Welt zu einem Dialog über Prozessqualität einladen und spezifische Werkzeuge und Instrumentarien aufzeigen, die auch auf andere Urbanisierungskontexte übertragbar sind.

HABITAT III und die New Urban Agenda – Position der deutschen Bundesregierung

Die Weltgemeinschaft hat sich mit der 2030-Agenda zur Nachhaltigen Entwicklung „Transforming our world“ ehrgeizige Ziele gegeben. Deutschland teilt in vollem Maße die Worte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (UN): „The battle for sustainability will be won or lost in cities“. Denn Städte und Gemeinden sind in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern entscheidende Akteure für eine nachhaltige Entwicklung. Mit der Verabschiedung der neuen Städteagenda („New Urban Agenda“) auf dem dritten UN-Weltgipfel zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung – HABITAT III – im Oktober 2016 in Quito, Ecuador, werden für alle Länder geltende Ziele und Orientierungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung verankert. HABITAT III wird damit wichtige Impulse für die Umsetzung der für Städte relevanten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) geben. Hierbei sind aus deutscher Sicht drei Kernaufgaben von zentraler Bedeutung:

- Städte als Entwicklungsakteure anerkennen und befähigen;
- Lebenswerte Städte für Menschen schaffen;
- Integrierte Stadtentwicklung verwirklichen.

Diese Aufgaben müssen unmittelbar in den einzelnen Ländern bewältigt werden, gleichzeitig ist aber die Begleitung und Unterstützung durch ein starkes, kooperatives und weltumfassendes System von Akteuren und Instrumenten erforderlich. In diesem Sinne muss die „New Urban Agenda“ in einer globalen Partnerschaft umgesetzt werden. Den Städten und Gemeinden selbst kommt dabei eine herausgehobene Rolle zu. Dazu bedarf es eines weltweiten Austausches der Erfahrungen unter Einbindung aller Akteure – der Metropolen wie auch der mittleren und kleineren Städte.

Deutschland wird seine Erfahrungen und Überlegungen in die Vorbereitung von HABITAT III einbringen und sich mit seiner nationalen wie internationalen Erfahrung sowie im Bewusstsein seiner Verantwortung für nachhaltige Entwicklung weltweit für eine erfolgreiche New Urban Agenda einsetzen.

Städte als Entwicklungsakteure anerkennen und befähigen

Auf allen Kontinenten sind Städte und Gemeinden kulturelle Leistungen der Menschen und bedeutende Entwicklungsakteure. Städte sind einerseits Orte und Akteure ökonomischen, technischen, sozialen, politischen und kulturellen Wandels. Andererseits sind Städte Zentren großen Ressourcenverbrauchs und wachsender Schadstoffemissionen sowie Kristallisationspunkte sozialer Ungleichheit.

Die nachhaltige Entwicklung der Städte in sozialer, ökologischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht ist eine Aufgabe auch von globaler Bedeutung. Städte haben eine zentrale Rolle bei der Erreichung globaler Klima-, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele, insbesondere auch beim Umbau zu effizienten und postfossilen Energiesystemen. Die zunehmende Urbanisierung verstärkt diese Rolle. Die Städte selbst weisen erhebliche Potenziale auf, um die Transformation zur nachhaltigen, inklusiven Stadtentwicklung zu gestalten. Gut regierte Städte können diese Potenziale mobilisieren, erforderliche Änderungen im städtischen Management und der Regierungsführung einleiten und gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Verhaltensänderungen anstoßen.

Gerechte Teilhabe und Bürgerengagement sind dabei ebenso entscheidende Faktoren wie leistungsfähige und vorausschauend handelnde öffentliche Akteure, die über die notwendigen Zuständigkeiten, Ressourcen und Finanzmittel verfügen.

Städte und Gemeinden übernehmen Verantwortung für die Daseinsvorsorge, die Sicherstellung des öffentlichen Wohls und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie sind wichtige Akteure für die Implementierung globaler Agenden, insbesondere für die Nachhaltigkeitsziele (SDGs), die Klimaschutzabkommen und die Vereinbarungen der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba. Sie leisten mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung aber auch einen entscheidenden Beitrag für die globale nachhaltige Entwicklung, zum Beispiel im Klimaschutz. Sie sichern die Integration von Zuzüglern aus allen Regionen, Ländern und Kontinenten und erschließen deren Potenziale.

Lebenswerte Städte für Menschen

Die Qualität der Städte hat maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Gesunde und sichere Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen sicherzustellen gehört zu den Kernaufgaben von Städten und Gemeinden. Die Regierungen lebenswerter Städte fördern den sozialen Zusammenhalt, indem sie Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe schaffen.

Lebenswerte Städte bieten einen gleichberechtigten Zugang zu Grundversorgung und Wohnraum, zu öffentlichem Raum sowie zu Möglichkeiten der kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Teilhabe. Sie schaffen Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft mit Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen. Durch den Abbau sozialer Gegensätze und Ungleichheiten wird die Gemeinschaft gestärkt und das Zusammenleben der städtischen Bevölkerung positiv gestaltet. Hierbei müssen insbesondere informelle Siedlungen aufgewertet und soziale Dienstleistungen auf- und ausgebaut werden.

Lebenswerte Städte erhöhen die Lebens- und Umweltqualität für alle, auch für ärmere Haushalte. Sie gewährleisten sichere öffentliche Räume und Nachbarschaftsorte für Interaktion und Erholung sowie Begegnung, kulturelle Entfaltung und Vielfalt. Sie stellen naturnahe Freiräume sowie gut gestaltete öffentliche Plätze und Einrichtungen zur Verfügung, in denen Menschen sich erholen und austauschen, bilden und sportlich betätigen können. Ebenso tragen die baukulturelle Qualität von Gebäuden und Stadtvierteln sowie eine funktionale und soziale Durchmischung zu Lebensqualität und gesunden Lebensbedingungen bei.

Mobilität ist ein entscheidender Faktor für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung einer Stadt, insbesondere für die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Schulen, Bildungsstätten und anderen Einrichtungen. Zentrale Handlungsfelder für eine produktive, innovative und wettbewerbsfähige Stadt sind Stärkung der lokalen Ökonomie und Ausbildung regionaler Wertschöpfungsketten, Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen und Förderung nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensweisen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung fördert auch die Einbeziehung des informellen Sektors, Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung sowie die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zum Beispiel durch verbesserten Zugang zu Finanzmitteln oder geeigneten Standorten.

Integrierte Stadtentwicklung für inklusive, sichere, resiliente, nachhaltige und klimagerechte Städte

Der Schutz von Natur und Umwelt sowie der effiziente Umgang mit Ressourcen auch in urbanen Räumen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen einer wachsenden Bevölkerung und für die Entwicklung innerhalb der Belastungsgrenzen unserer Erde. Öffentliche Grünflächen sowie der Erhalt der ökologischen Ausgleichsfunktionen und der Biodiversität erhöhen die städtische Lebens- und Umweltqualität. Integrierte Stadtentwicklung leistet Beiträge zur energetischen und postfossilen Umgestaltung.

Dazu sind integrierte Planungsinstrumente und sektorübergreifende Lösungen unabdingbar. Die Einbindung von Akteuren aus unterschiedlichen Governance-Ebenen und Sektoren, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in ein integriertes Ressourcenmanagement verringert die Zielkonflikte um die Verwendung begrenzter Ressourcen und ermöglicht die Aushandlung von Interessen und tragfähiger Lösungen. Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien und der entsprechende Umbau der Energieversorgungssysteme, die Förderung eines effizienten Energie- und Ressourceneinsatzes einschließlich energieeffizienter Gebäude und Beleuchtungssysteme, nachhaltiger Ver- und Entsorgungssysteme und Auf- sowie Ausbau nachhaltiger Verkehrssysteme sind zentrale Handlungsfelder der Städte und Gemeinden.

Klimaangepasste und resiliente Städte verfügen über eine hohe Widerstandsfähigkeit ihrer Organisationen, Wirtschaft und Infrastruktur gegenüber negativen Auswirkungen des Klimawandels und von natürlichen sowie menschengemachten Katastrophen. Umfassende Risikoanalysen und deren Integration in alle Aufgaben der Stadtentwicklung sind dazu ebenso notwendig wie dezentrale, vernetzte und anpassungsfähige Strukturen auf allen Verwaltungs- und Entscheidungsebenen. Die Förderung von kurzen Wegen durch funktionale Mischung und Dichte sind die Grundlagen einer ressourceneffizienten Stadtentwicklung. Optimierte Verkehrs- und Versorgungssysteme und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien tragen zu Effizienzgewinnen bei der Nutzung von Ressourcen, Verbesserung der Lebensqualität aller Bevölkerungsschichten sowie zur Steigerung der städtischen Resilienz bei gleichzeitiger Schonung des Klimas bei.

Deswegen soll die New Urban Agenda einen Beitrag leisten, um Städte klimafreundlich, post-fossil, umweltfreundlich und ressourcenschonend umzugestalten. Resiliente Städte sind widerstands- und lernfähig und können die Aufgaben der Zukunft besser bewältigen.

Deutschland stellt seine Erfahrungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, z.B. bei Formulierung und Umsetzung der LEIPZIG-CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt, zur Verfügung, wobei Konzepte und Strategien zur nachhaltigen Stadtentwicklung den jeweiligen Bedingungen in den Partnerländern angepasst und gemeinsam mit diesen weiterentwickelt werden. Die nachhaltige Stadt von Morgen ist das Ergebnis unseres Handelns heute. Die Bundesregierung, die Länder und Kommunen haben dazu ein breitgefächertes Instrumentarium entwickelt, das in der vorliegenden Broschüre vorgestellt wird.

Rechts:

Bürgerschaftliches Engagement als Katalysator der Stadtentwicklung:
Straßenfest „Paradies Bundesplatz“ der Bürgerinitiative Bundesplatz
im Oktober 2015 © M. Burke



BUNDEPLATZ

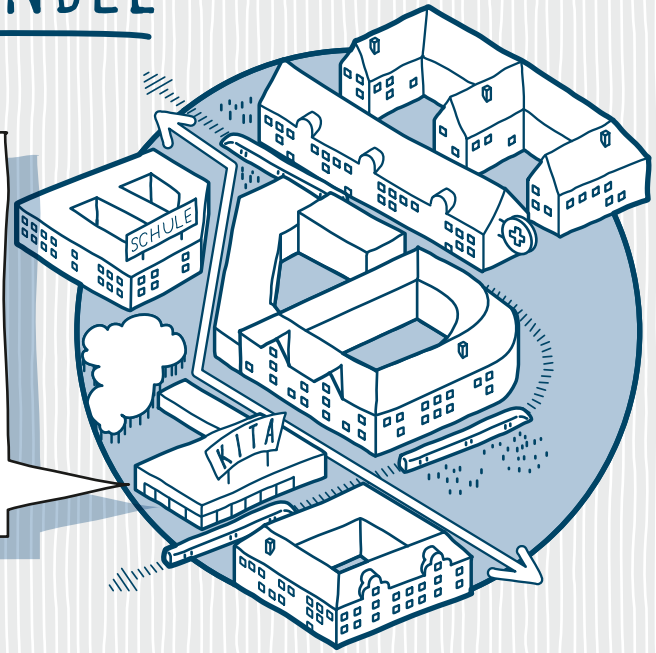
VOR WELCHEN
TRANSFORMATIONS-
HERAUSFORDERUNGEN
STEHT DEUTSCHLAND?

Städte unterliegen sich ständig verändernden Transformationsprozessen, die in bestimmten Phasen – wie derzeit – durch eine Intensivierung und Überlagerung von sozialen, ökonomischen, ökologischen und technologischen Veränderungen besonders dringlich und unabweisbar sind. Sie erfordern differenzierte Handlungskonzepte und Lösungsansätze, Prozessgestaltungen, Verantwortlichkeiten der Akteure und Trägerschaften. Es handelt sich vor allem um Herausforderungen der Sicherung und Verbesserung der Nachhaltigkeit. Die Themenfelder demographischer Wandel, Klima- und Energiewende sowie wirtschaftlicher Strukturwandel sind in den kommenden Jahrzehnten für Deutschland besonders relevant.

DEMOGRAFISCHER WANDEL

SOZIALE NACHHALTIGKEIT

Soziale Nachhaltigkeit für Deutschland bedeutet insbesondere soziale Stabilität, Beseitigung von Armut, Versorgung mit Wohnraum, Förderung von Gesundheit, Bereitstellung von Mobilitätsangeboten, Zugänglichkeit von Einrichtungen sozialer Infrastrukturen und Versorgungsgelegenheiten und damit vielfältige Teilhabe- sowie Teilnahmemöglichkeiten und letztlich soziale Gerechtigkeit. Sie erfordert sozialen Ausgleich, Fürsorge – insbesondere für Schwächere und Gefährdete – sowie Daseinsvorsorge.



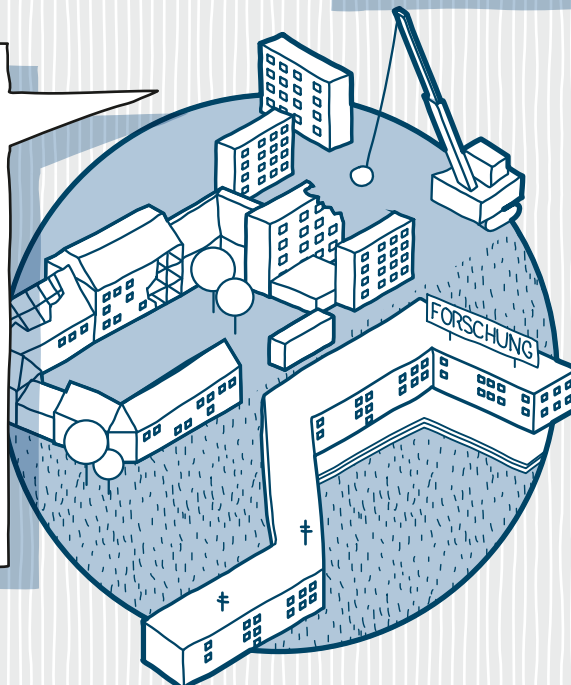
SOZIALRÄUMLICHE POLARISIERUNG- AUSGLEICH UND INTEGRATION:

Zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Bevölkerungsschichten geht die Schere auch in Deutschland immer weiter auf. Vor allem in den Städten nimmt die sozialräumliche Polarisierung zu. Die soziale Ungleichheit, aber auch kulturelle Unterschiede führen zu teilweise erzwungener, teilweise freiwilliger Segregation. Finanzschwache Bevölkerungsschichten sind zunehmend gezwungen, in weniger attraktive Lagen – etwa an die Ränder der Städte oder entlang von stark befahrener Verkehrsachsen – zu ziehen. Auf Bundes-, Landes- und lokaler städtischer Ebene wurden vielfältige Instrumente entwickelt, um Polarisierungsentwicklungen abzumildern, negative Effekte abzufedern und Impulse für Stabilisierung und Regenerierung zu setzen, etwa das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ der Städtebauförderung.



SCHRUMPfung VON REGIONEN

Stadtregionen mit geringer Innovationskraft und Teile des ländlichen Raumes in Deutschland sind oft nicht in der Lage, wegfallende industrielle oder agrarwirtschaftliche Arbeitsplätze zu kompensieren. Teile des ländlichen Raumes erleben Schrumpfungprozesse. Hier wird es zunehmend schwieriger, lokale Grundversorgungen aufrecht zu halten – vor allem in den Regionen, in denen Tourismus keine zusätzliche Nachfrage generieren kann. Durch spezielle Impulse wie Bundes- und Landesgartenschauen (z.B. in Apolda) oder durch Förderprogramme wie LEADER der EU wird versucht, den ländlichen Raum mit innovativen Projekten zu stärken, insbesondere durch das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“.



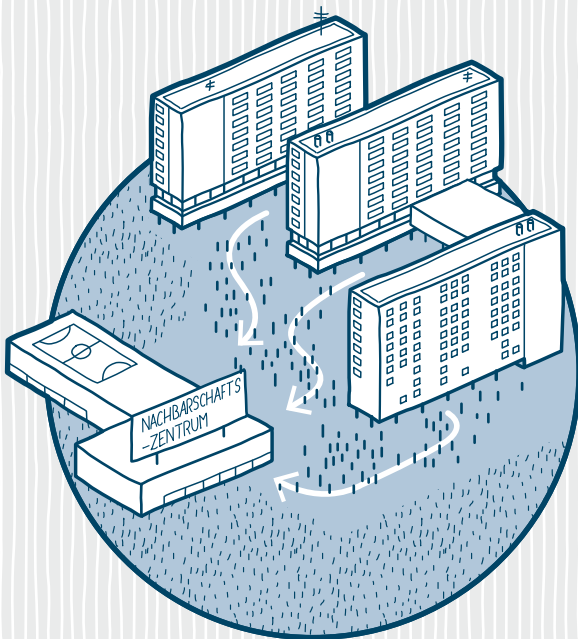


AUFWERTUNG UND VERDRÄNGUNG

In den wachsenden Städten kommt es zu Wohnungsmangel und zu steigenden Miet- und Immobilienpreisen und damit auch zu Verdrängung und Gentrifizierung. Dies führt zur Infragestellung bisheriger städtischer Liegenschaftspolitik sowie zur Wiederbelebung von Maßnahmen zur Förderung bezahlbaren Wohnens und zur Eindämmung von Mietspekulationen.

REURBANISIERUNG UND RENAISSANCE DER INNENSTÄDTE

In den letzten beiden Jahrzehnten konnten die deutschen Innenstädte einen Aufschwung verzeichnen – als Wohnorte, aber auch als Orte der Freizeitgestaltung und Kultur. Die Gründe hierfür liegen in veränderten Wohnpräferenzen und Freizeitverhalten sowie der Flexibilisierung und Individualisierung von Lebensstilen. In den Großstadregionen ist die Zahl der Bewohner der Kernstädte stärker gestiegen als die des Umlands. Das Bevölkerungswachstum konzentriert sich auf prosperierende Großstadregionen sowie auf einige mittlere Großstädte.

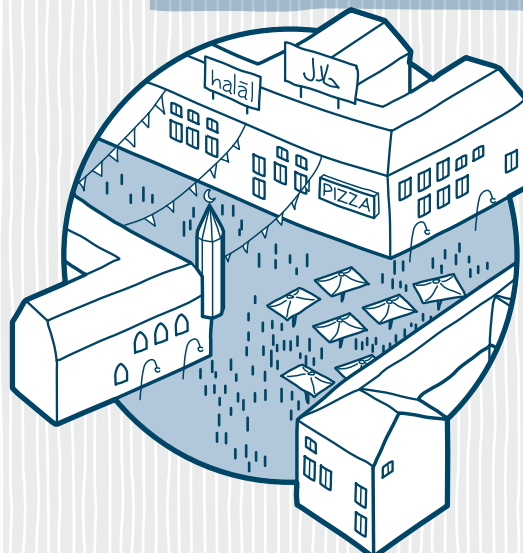


UMGANG MIT BENACHTEILIGTEN QUARTIEREN

Quartiere, die aufgrund sozio-ökonomischer Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Konzentration von bildungsfernen Schichten oder städtebaulicher Defizite als benachteiligt gelten, finden in der Stadtentwicklung durch das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ besondere Unterstützung. Städtebauliche Aufwertungsstrategien und Wohnungspolitik werden ebenso umgesetzt wie die lokale Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktes gestärkt, Strategien einer aktiven Bildungs- und Integrationspolitik realisiert sowie leistungsstarke und effiziente technische Infrastrukturen gesichert werden.

MIGRATION UND INTEGRATION

Eurokrise, EU-Erweiterung sowie Kriegs- und Krisensituationen in vielen Teilen der Welt haben zu verstärkter Migration nach Deutschland sowie zur dramatischsten Flüchtlingskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geführt. Die Zuwanderung erfolgt vor allem in die Städte. Ihnen kommt besondere Verantwortung zu, Geflüchteten Wohnraum zu bieten, das interkulturelle Zusammenleben zu fördern und Zugangsmöglichkeiten zum lokalen Arbeitsmarkt über Qualifizierung und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen.



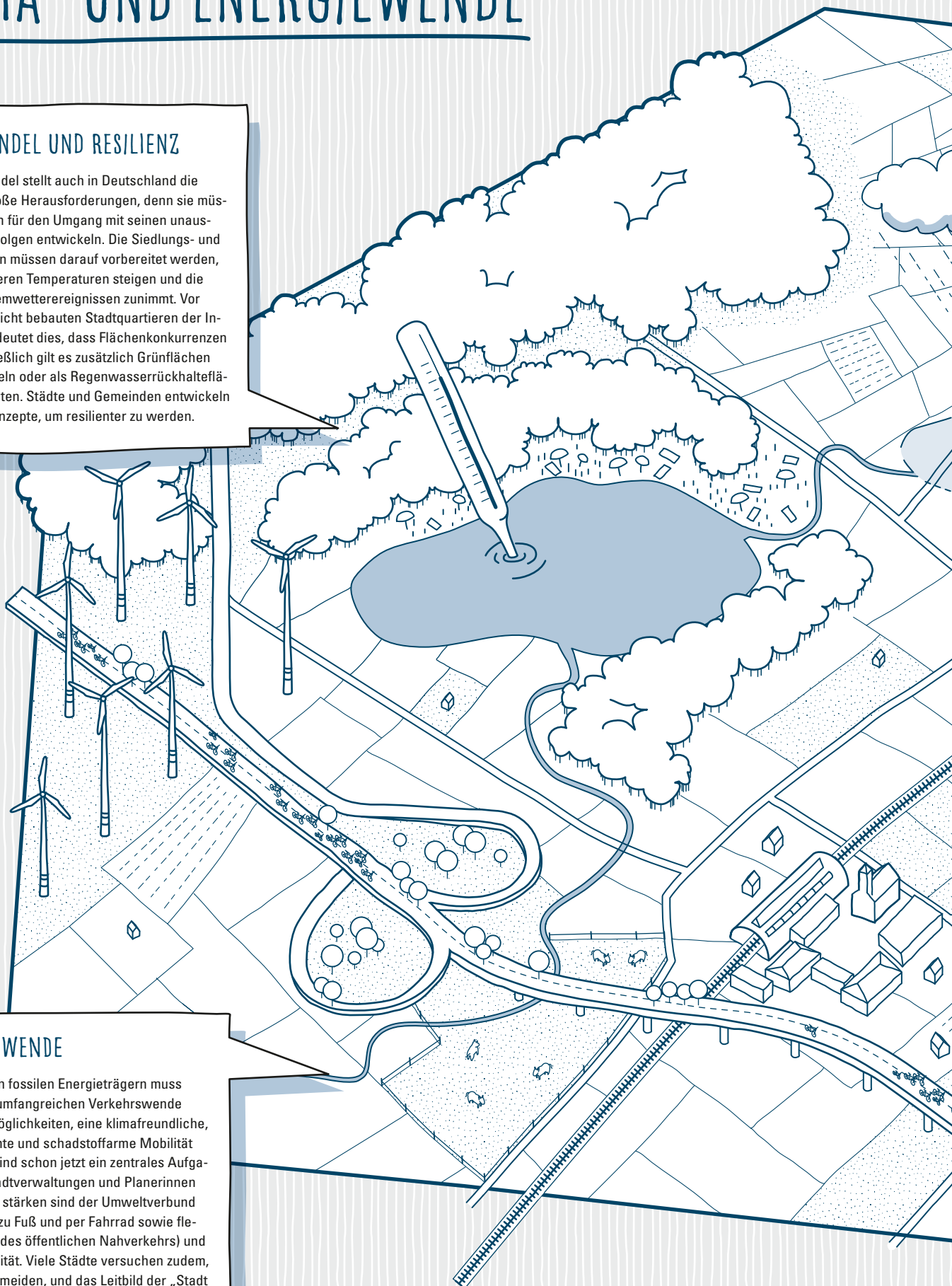
KLIMA- UND ENERGIEWENDE

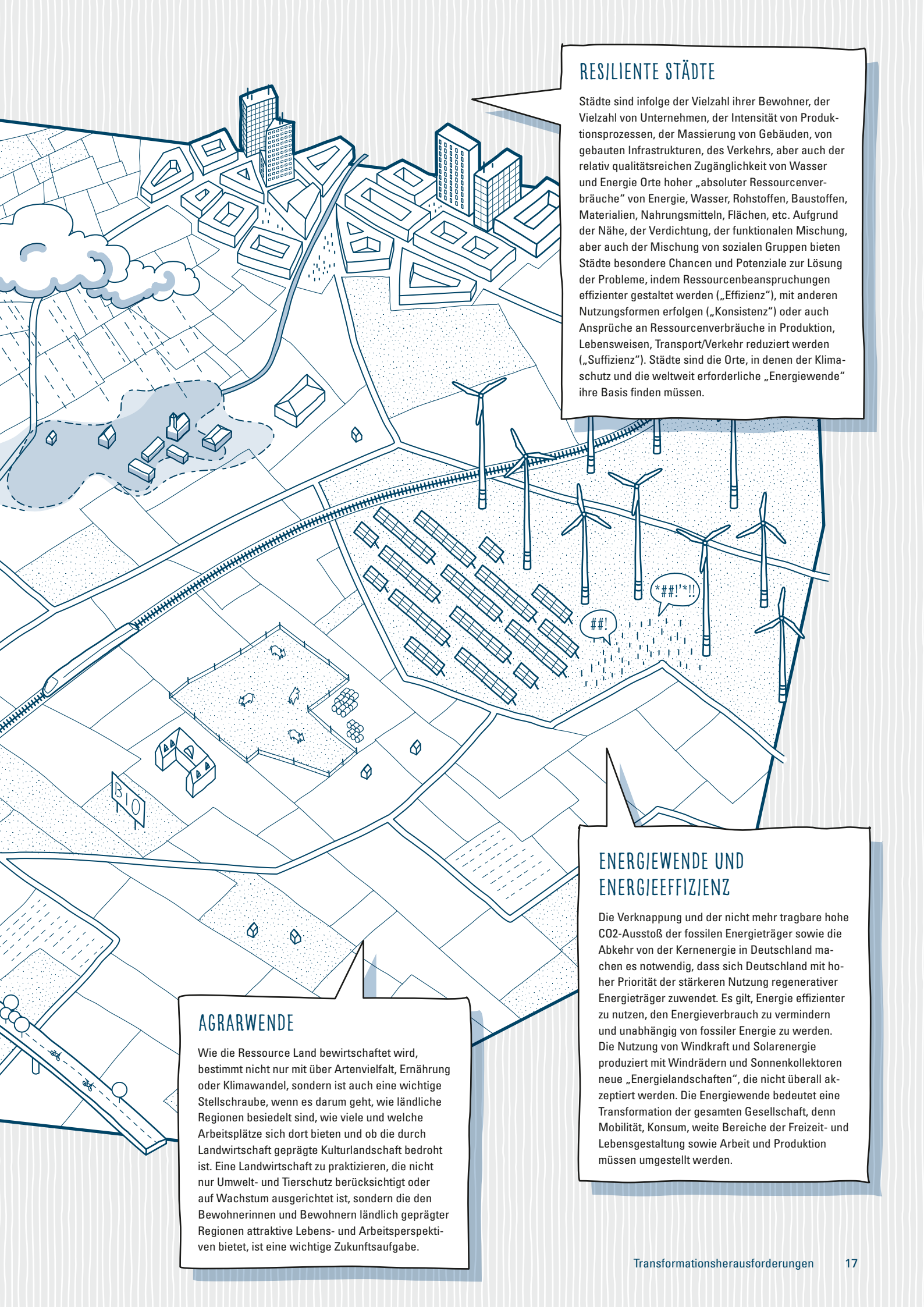
KLIMAWANDEL UND RESILIENZ

Der Klimawandel stellt auch in Deutschland die Städte vor große Herausforderungen, denn sie müssen Strategien für den Umgang mit seinen unausweichlichen Folgen entwickeln. Die Siedlungs- und Infrastrukturen müssen darauf vorbereitet werden, dass die mittleren Temperaturen steigen und die Zahl von Extremwetterereignissen zunimmt. Vor allem in den dicht bebauten Stadtquartieren der Innenstädte bedeutet dies, dass Flächenkonkurrenzen steigen, schließlich gilt es zusätzlich Grünflächen als Kaltluftinseln oder als Regenwasserrückhalteflächen vorzuhalten. Städte und Gemeinden entwickeln integrierte Konzepte, um resilienter zu werden.

VERKEHRSWENDE

Die Abkehr von fossilen Energieträgern muss auch in einer umfangreichen Verkehrswende resultieren. Möglichkeiten, eine klimafreundliche, energieeffiziente und schadstoffarme Mobilität zu gestalten, sind schon jetzt ein zentrales Aufgabenfeld für Stadtverwaltungen und Planerinnen und Planer. Zu stärken sind der Umweltverbund (Nahmobilität zu Fuß und per Fahrrad sowie flexible Systeme des öffentlichen Nahverkehrs) und die Intermodalität. Viele Städte versuchen zudem, Verkehr zu vermeiden, und das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ umzusetzen, aber auch neue Informations- und Kommunikationstechnologien, die Wege vermeiden, zu befördern.





RESILIENTE STÄDTE

Städte sind infolge der Vielzahl ihrer Bewohner, der Vielzahl von Unternehmen, der Intensität von Produktionsprozessen, der Massierung von Gebäuden, von gebauten Infrastrukturen, des Verkehrs, aber auch der relativ qualitätsreichen Zugänglichkeit von Wasser und Energie Orte hoher „absoluter Ressourcenverbräuche“ von Energie, Wasser, Rohstoffen, Baustoffen, Materialien, Nahrungsmitteln, Flächen, etc. Aufgrund der Nähe, der Verdichtung, der funktionalen Mischung, aber auch der Mischung von sozialen Gruppen bieten Städte besondere Chancen und Potenziale zur Lösung der Probleme, indem Ressourcenbeanspruchungen effizienter gestaltet werden („Effizienz“), mit anderen Nutzungsformen erfolgen („Konsistenz“) oder auch Ansprüche an Ressourcenverbräuche in Produktion, Lebensweisen, Transport/Verkehr reduziert werden („Suffizienz“). Städte sind die Orte, in denen der Klimaschutz und die weltweit erforderliche „Energiewende“ ihre Basis finden müssen.

ENERGIEWENDE UND ENERGIEEFFIZIENZ

Die Verknappung und der nicht mehr tragbare hohe CO₂-Ausstoß der fossilen Energieträger sowie die Abkehr von der Kernenergie in Deutschland machen es notwendig, dass sich Deutschland mit hoher Priorität der stärkeren Nutzung regenerativer Energieträger zuwendet. Es gilt, Energie effizienter zu nutzen, den Energieverbrauch zu vermindern und unabhängig von fossiler Energie zu werden. Die Nutzung von Windkraft und Solarenergie produziert mit Windrädern und Sonnenkollektoren neue „Energiewendelandschaften“, die nicht überall akzeptiert werden. Die Energiewende bedeutet eine Transformation der gesamten Gesellschaft, denn Mobilität, Konsum, weite Bereiche der Freizeit- und Lebensgestaltung sowie Arbeit und Produktion müssen umgestellt werden.

AGRARWENDE

Wie die Ressource Land bewirtschaftet wird, bestimmt nicht nur mit über Artenvielfalt, Ernährung oder Klimawandel, sondern ist auch eine wichtige Stellschraube, wenn es darum geht, wie ländliche Regionen besiedelt sind, wie viele und welche Arbeitsplätze sich dort bieten und ob die durch Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft bedroht ist. Eine Landwirtschaft zu praktizieren, die nicht nur Umwelt- und Tierschutz berücksichtigt oder auf Wachstum ausgerichtet ist, sondern die den Bewohnerinnen und Bewohnern ländlich geprägter Regionen attraktive Lebens- und Arbeitsperspektiven bietet, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

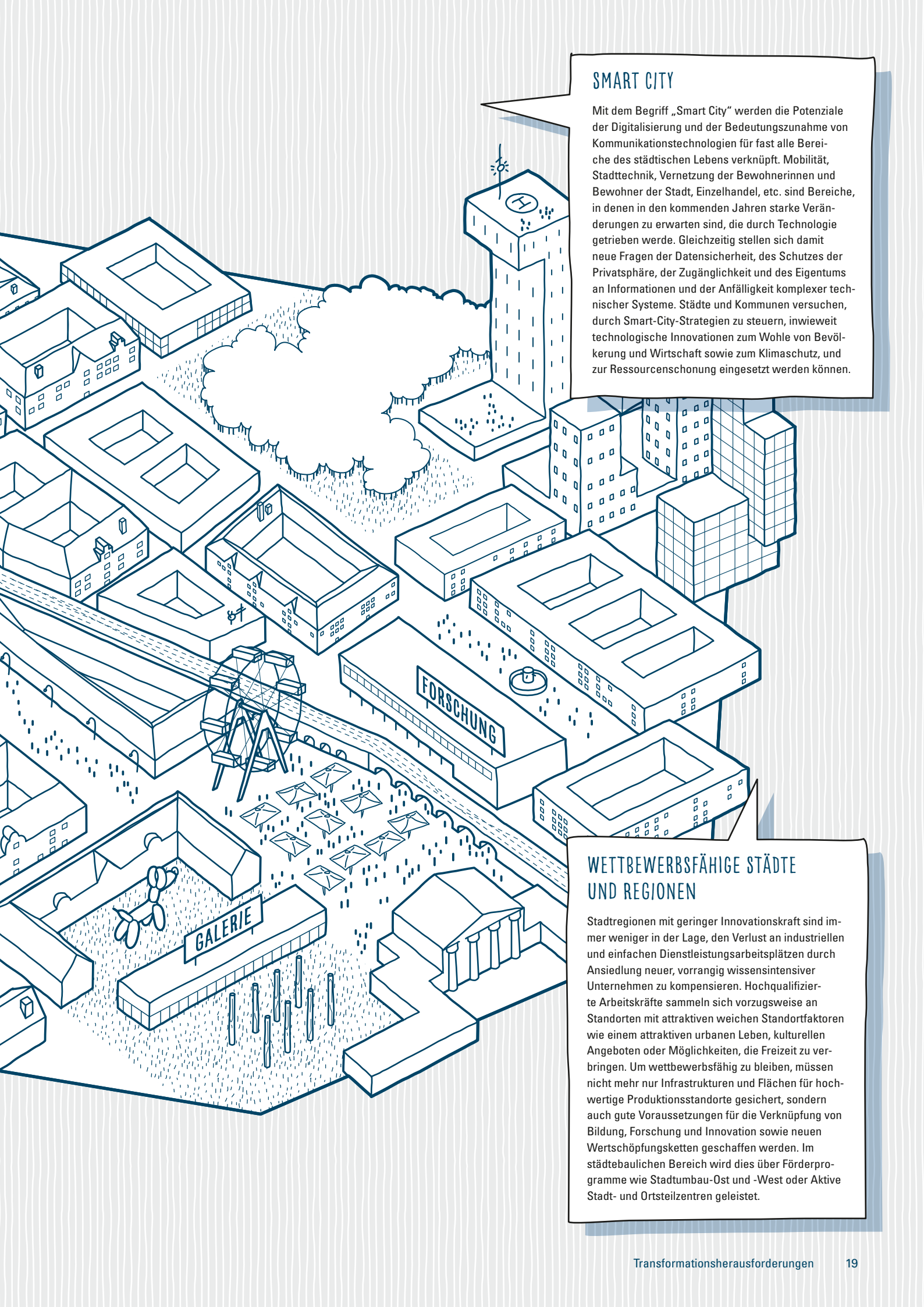
WIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL

ÖKONOMISCHE NACHHALTIGKEIT

In den letzten Jahrzehnten haben deutsche Städte einen komplexen Strukturwandel von industriedominierter Wirtschaft hin zu neuen dienstleistungs- und wissensbasierten Ökonomien erlebt. Kommunalen Akteuren und der Wirtschaft kommt eine besondere Rolle zu, nun den Umbau zu einer sozialverträglichen, ökologisch-nachhaltigeren Wirtschaft voranzutreiben. Hierbei entstehen vielfältig Konflikte gerade auf lokaler Ebene, zwischen zunehmend globalen Verflechtungen der Wirtschaft und dem Erhalt lokaler Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, zwischen Profitorientierung und Gemeinwohl, zwischen ökologischer Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit, usw. Es gilt auszuhandeln, wie vor allem neue technologische Entwicklungen als Chance genutzt werden können. Zudem ist auszutesten, wie Kleinunternehmen, migrantische Produktions- und Handelsunternehmen wie auch die Kreativwirtschaft sich in eine stützende und wachstumsfördernde Säule einer nachhaltigen Ökonomie entwickeln können.

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung greift in immer stärkerem Umfang in das Leben der Menschen ein und beeinflusst somit auch den städtischen Raum – etwa, indem sich das Konsumverhalten durch Online-Handel verändert oder das Mobilitätsverhalten per App optimiert werden kann. Die noch in den 1990er Jahren befürchtete „Verödung des öffentlichen Raumes“ durch Informations- und Kommunikationstechnologien hat sich bislang nicht bestätigt. Zunehmende Digitalisierung, neue Informations- und Kommunikationstechnologien und Entwicklungen wie das „Internet der Dinge“ haben das Potenzial, Wertschöpfungsketten sowie Lebens- und Arbeitswelten in den Städten und Kommunen in den kommenden Jahren zu verändern. Gut ausgebaute digitale Infrastrukturen und eine enge Vernetzung von Wissenschaft und Forschung sind eine Voraussetzung dafür, die Qualitäten Deutschlands als technologiestarker Industriestandort auszubauen.



SMART CITY

Mit dem Begriff „Smart City“ werden die Potenziale der Digitalisierung und der Bedeutungszunahme von Kommunikationstechnologien für fast alle Bereiche des städtischen Lebens verknüpft. Mobilität, Stadttechnik, Vernetzung der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, Einzelhandel, etc. sind Bereiche, in denen in den kommenden Jahren starke Veränderungen zu erwarten sind, die durch Technologie getrieben werde. Gleichzeitig stellen sich damit neue Fragen der Datensicherheit, des Schutzes der Privatsphäre, der Zugänglichkeit und des Eigentums an Informationen und der Anfälligkeit komplexer technischer Systeme. Städte und Kommunen versuchen, durch Smart-City-Strategien zu steuern, inwieweit technologische Innovationen zum Wohle von Bevölkerung und Wirtschaft sowie zum Klimaschutz, und zur Ressourcenschonung eingesetzt werden können.

WETTBEWERBSFÄHIGE STÄDTE UND REGIONEN

Stadregionen mit geringer Innovationskraft sind immer weniger in der Lage, den Verlust an industriellen und einfachen Dienstleistungsarbeitsplätzen durch Ansiedlung neuer, vorrangig wissensintensiver Unternehmen zu kompensieren. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sammeln sich vorzugsweise an Standorten mit attraktiven weichen Standortfaktoren wie einem attraktiven urbanen Leben, kulturellen Angeboten oder Möglichkeiten, die Freizeit zu verbringen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen nicht mehr nur Infrastrukturen und Flächen für hochwertige Produktionsstandorte gesichert, sondern auch gute Voraussetzungen für die Verknüpfung von Bildung, Forschung und Innovation sowie neuen Wertschöpfungsketten geschaffen werden. Im städtebaulichen Bereich wird dies über Förderprogramme wie Stadtbau-Ost und -West oder Aktive Stadt- und Ortsteilzentren geleistet.

WELCHE RAHMEN-
BEDINGUNGEN
UND STEUERUNGS-
INSTRUMENTE DER
RÄUMLICHEN PLANUNG
STEHEN ZUR VERFÜGUNG?

WIE MÜSSEN SIE
WEITERENTWICKELT
WERDEN?

Rechtlich verankerte kommunale Kompetenzen und Ziele einer nachhaltigen Stadt- und Regionalpolitik, bürgerschaftliches Engagement und innovative technologische, organisatorische und finanzielle Lösungen haben Deutschland zu einem international anerkannten Vorreiter der nachhaltigen Entwicklung gemacht, auch und besonders in der Stadtentwicklung. Neben der Bundes- und Länderebene haben die Städte und Gemeinden in der föderalen Verfassung als dritte Verwaltungsebene eine starke Stellung. Gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse der Gebietskörperschaften, Zivilgesellschaft und sonstiger Akteure müssen abgestimmt und koordiniert werden.

Die Bundesregierung und die Länder unterstützen die Städte und Gemeinden mit einem differenzierten Förderspektrum. Wichtiges Ziel dabei ist, dass der gesamtstaatlichen Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Rechnung getragen wird. Bund und Länder wirken durch Weiterentwicklung des Rechtsrahmens und durch Ausgestaltung von Finanzierungs- und Förderbedingungen an der nachhaltigen Stadtentwicklung intensiv mit, insbesondere durch die seit 45 Jahren bewährte Städtebauförderung. Das Zusammenwirken der unterschiedlichen Governance-Ebenen folgt einer Reihe von Prinzipien wie Subsidiarität, kommunale Planungshoheit, Gegenstromprinzip, Multi-Akteurs-Ansatz, Abwägung und regionalen Kooperation, deren Zusammenspiel durch die folgende Grafik erläutert wird.

BUND

In die räumliche Planung werden auf allen Ebenen Zivilgesellschaft und Wirtschaft eingebunden, so dass man von einem Multi-Akteurs-Ansatz sprechen kann. Im System der Zielbestimmung, der Festlegung von Handlungskorridoren, der Entscheidung über Handlungskonzepte und Einzelmaßnahmen haben Zivilgesellschaft und Wirtschaft eine starke Rolle beim Initiieren von Aktivitäten wie auch bei der Ausfüllung von Handlungsrahmenbedingungen. Zivilgesellschaft und Wirtschaft sind wichtige Träger der Umsetzung der Handlungskonzepte und Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung.



LÄNDER

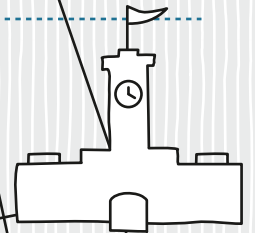
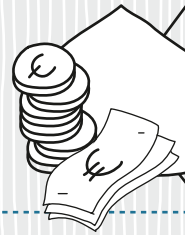
MULTIAKTEURSANSATZ

REGION

Auf regionaler Ebene hat es sich auch bewährt, Aufgaben der Daseinsvorsorge in Deutschland in interkommunaler Kooperation zu organisieren.

REGIONALE KOOPERATION

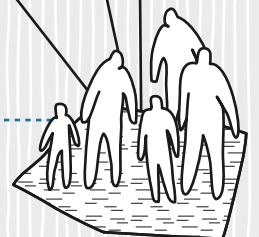
GEMEINDEN



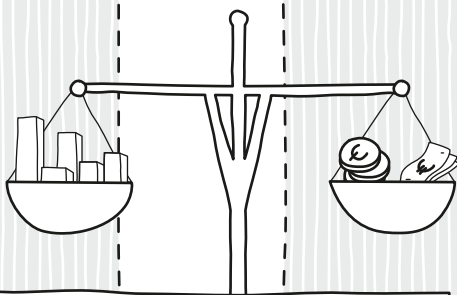
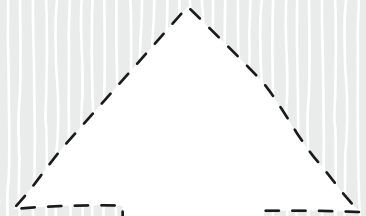
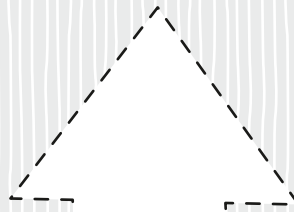
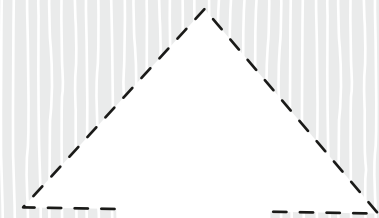
ZIVILGESELLSCHAFT

KOMMUNALE PLANUNGSHOHEIT

Die Kompetenz der Kommunen ist verfassungsrechtlich abgesichert. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen wird durch Planungs-, Personal-, Finanzhoheit sichergestellt. Städte gestalten die damit aufgespannten breiten Handlungskorridore eigenverantwortlich aus. Die Planungshoheit der Städte ist wesentliche Grundlage der Legitimation.



PROJEKTE



SUBSIDIARITÄT

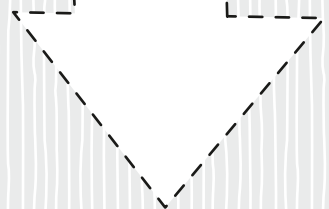
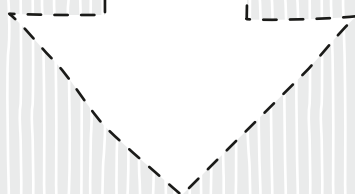
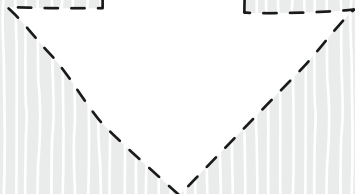
Entscheidungen werden auf der untersten sinnvollen Ebene getroffen. Die Subsidiarität der Entscheidungs- und Verantwortungsebenen steht in gegenseitig fördernden Beziehungen, da sie bedeutet, dass Verantwortung, Zuständigkeiten und Entscheidungen auf niedrigster Ebene angesiedelt sind, die dazu geeignet ist. Für die örtliche Gemeinschaft, für lokale Aufgaben und Probleme sind dies die Städte.

Das Mehrebenensystem der politischen Verantwortung bedeutet, dass Bund und Länder, eventuell Regionen allgemeine Rahmenseetzungen durch Gesetzgebung, Programme oder Verwaltungsvorschriften vornehmen, die Ziel- und Handlungskorridore für Städte vorgeben. Gesetzgebung, Programmentwicklung oder auch Aushandlung von Verwaltungsvorschriften erfolgen unter Beteiligung der Gemeinden im Gegenstromprinzip, so dass die Erfahrungen wie auch die Ziele und Einschätzungen der Kommunen berücksichtigt werden. Die Ebenen stimmen sich horizontal und vertikal miteinander ab.

Der Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren ist organisiert und transparent. Zwischen den verschiedenen Interessen, die im Rahmen formeller Beteiligungsverfahren zutage treten, wird abgewogen. Dabei darf es keinen prinzipiellen Vorrang von privaten oder öffentlichen Interessen geben. Dennoch dürfen die Kommunen im Rahmen der Abwägung die Belange der einen oder anderen Partei zugunsten der Belange der anderen zurückstellen.

ABWÄGUNG

GEGENSTROMPRINZIP



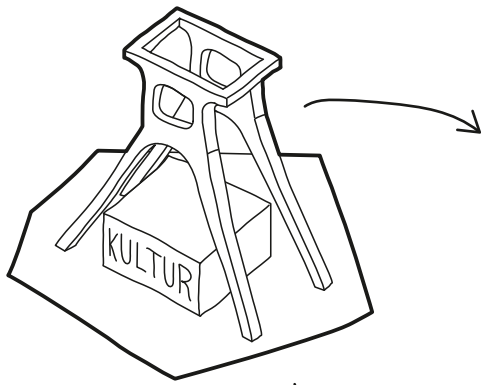
DIALOGISCHE PLANUNG ALS NEUES LEITBILD?

BEISPIELE AUS DER PLANUNGSPRAXIS

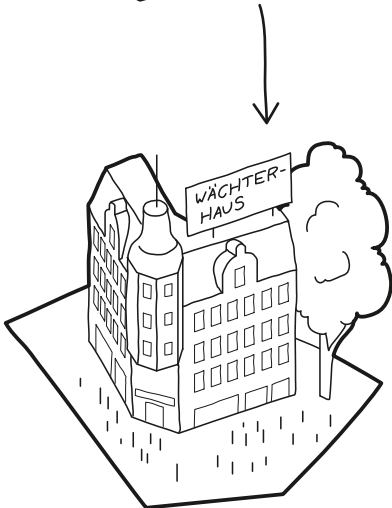
Die erfolgreiche Förderung einer umfassenden Nachhaltigkeit von Städten setzt qualifizierte Steuerungs-, Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse („Governance“) auf kommunaler Ebene voraus, die das Ergebnis historisch fundierter Politik-, Verwaltungs- und Beteiligungskulturen sind, aber in den letzten Jahren gerade unter neuen Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an Partizipation und Teilhabe strategische und operative Weiterentwicklungen erfahren haben.

Die gut regierte und partizipative Stadt ist ein wichtiges Leitbild zur Vorbereitung, Planung und Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung, weil dadurch u.a. Akzeptanz und Engagement aller Akteure gefördert wird. Zielkonflikte werden frühzeitig möglichst konsensual verhandelt. Obwohl das deutsche Planungsrecht diesbezüglich bereits einen sehr hohen Entwicklungsstand garantiert, müssen Beteiligungsprozesse ständig unvorhergesehenen Anforderungen gerecht werden und bestehende Formate kreativ und kontextbezogen weiterentwickelt werden. Eine alles und allen gerecht werdende Blaupause für Partizipation gibt es nicht.

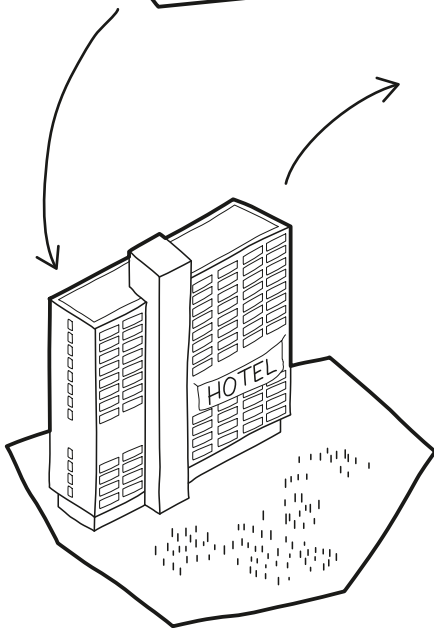
Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie und wird durch partizipative Transformationsprozesse ermöglicht und gefördert. Der Einsatz der Zivilgesellschaft stärkt den sozialen Zusammenhalt. Dabei sind die alltäglichen Lebensräume der Stadtquartiere von besonderer Bedeutung.



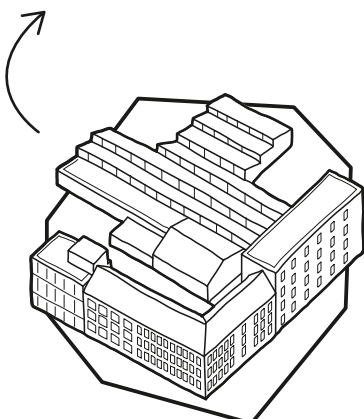
1. NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK
2. REGIONALE KOOPERATION:
VON DER IBA EMSCHER PARK ZUR METROPOLE RUHR
3. STÄDTISCHE LEITBILDER:
PERSPEKTIVE MÜNCHEN
4. INTEGRIERTE STADTTEILENTWICKLUNGSKONZEPTE:
EKI MANNHEIM



5. BÜRGERBEIRAT:
LANDESGARTENSCHAU APOLDA
6. REVITALISIERUNG INNERSTÄDTISCHER QUARTIERE:
LEIPZIGER WESTEN
7. TRANSFORMATION GROSSWOHNSIEDLUNGEN:
HALLE-NEUSTADT
8. KONVERSIONSFLÄCHEN:
PARKSTADT SÜD, KÖLN



9. STADTVERWALTUNG:
MAINUFERPARK, ASCHAFFENBURG
10. KULTURINSTITUTIONEN:
SCHAUSPIEL KÖLN ALS URBANER AKTEUR
11. WOHNGENOSSENSCHAFT:
SPREEFELD
12. STIFTUNG:
ALTE SAMTWEBEREI
13. UNTERNEHMER/INITIATIVE:
MASTERPLAN MG 3.0



14. SOZIALUNTERNEHMER:
PRINZESSINNENGÄRTEN
15. BÜRGERINITIATIVE:
PLANBUDE
16. BÜRGERINITIATIVE:
INITIATIVE BUNDESPLATZ
17. ZWISCHENNUTZER:
BILDUNGS- UND KOMPETENZZENTRUM „HAUSHALTEN“
18. ZIVILGESELLSCHAFT:
KITCHEN-HUB
19. JUGENDLICHE:
NEUE SKATE-HALLE



WER FORMULIERT DIE ZIELE DER RÄUMLICHEN PLANUNG?

Eine nachhaltige Stadtentwicklung kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn wichtige Leitziele integrierten Handlungsstrategien und Handlungskonzepten zugrunde gelegt und abgestimmt werden. Leitziele können in folgenden „sektoralen Themen“ für Städte zusammengefasst werden:

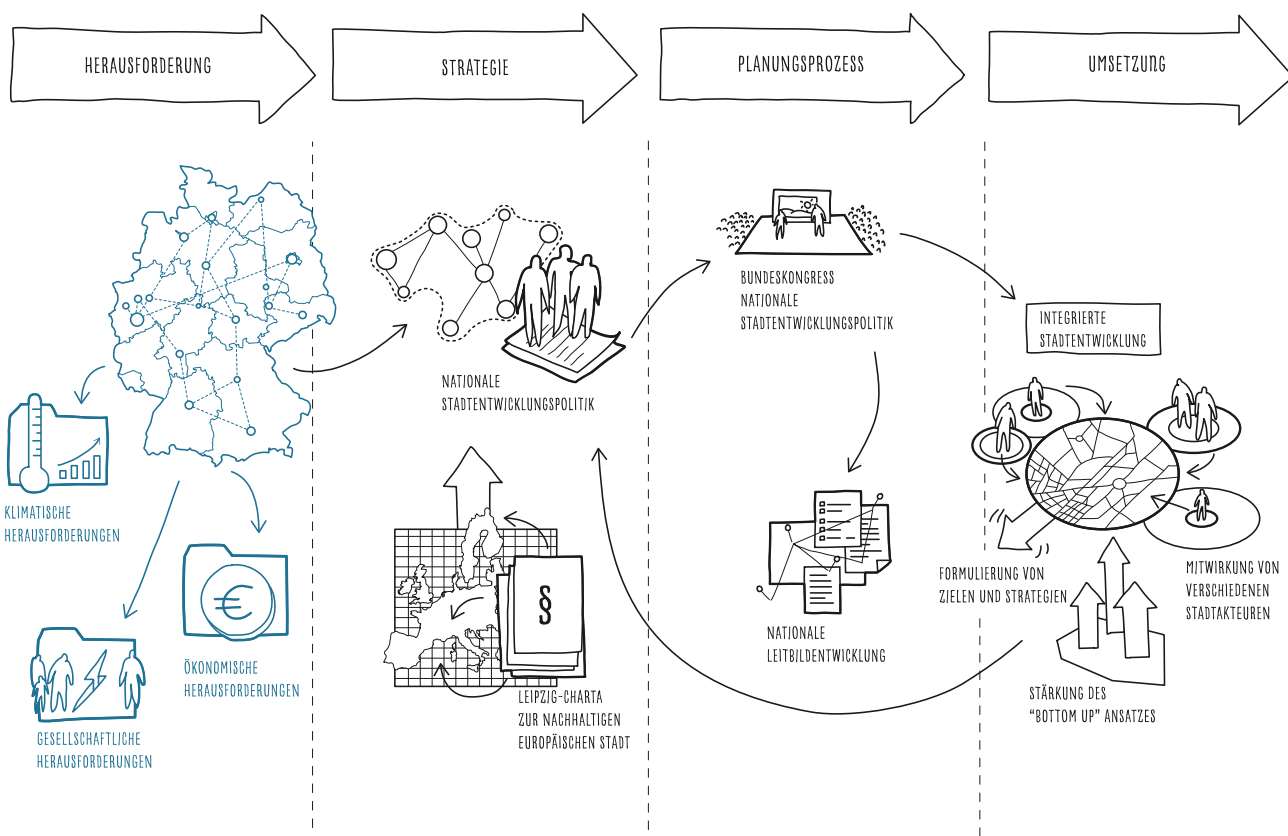
- **klimafreundliche, postfossile, umweltfreundliche und ressourcenschonende Stadt**
- **gerechte und inklusive Stadt für alle und mit allen**
- **produktive, innovative und wettbewerbsfähige Stadt**
- **resiliente Stadt, d.h. widerstandsfähig, anpassungs- und lernfähig**
- **gut gestaltete Stadt- und Landschaftsräume**
- **gut regierte und partizipative Stadt („Urban Governance“/„Regional Governance“)**

Grundlage sind in Deutschland integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die von den Kommunen gesamtstädtisch und ganzheitlich alle Anforderungen und Leistungen der Städte berücksichtigen, Prozesse organisieren, Ziele setzen und abwägen und sektorale Handlungskonzepte abstimmen. Isolierte Lösungen und Handlungsansätze werden dadurch vermieden. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte in den Kommunen und die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftswerk aller drei staatlichen Ebenen verknüpfen „Bottom Up“-Ansätze mit „Top-Down“-Ansätzen einer strategischen Entwicklungssteuerung.

NATIONALE STADT- ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen. Ziel ist es, die Prinzipien der LEIPZIG-CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt (2007) in Deutschland umzusetzen.

Im Fokus steht dabei die Etablierung einer integrierten Stadtentwicklung, die fachübergreifend die anstehenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in den Städten und Gemeinden angeht. Dazu werden unter dem Dach der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Strategien und Instrumente (z. B. Städtebauförderung) von Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt. Mit dem Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ wurden 2012 die Zielsetzungen für die kommenden Jahre formuliert. Eine wichtige Diskussionsplattform ist der deutschlandweite Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, der 2016 zum zehnten Mal stattgefunden hat. Um Innovationen in der Umsetzung zu unterstützen fördert die Nationale Stadtentwicklungspolitik auch direkt Projekte in deutschen Kommunen.



STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Städte und Regionen in Deutschland
seit 2007

Träger

- + Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- + Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder
- + Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- + etc.

Innovationen

Wissenstransfer zu innovativen Ansätzen der Planung und Bewusstseinsstärkung für den Wert von Stadt und Urbanität über Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Weitere Info

www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de



von oben links im Uhrzeigersinn:

01 — 10. Bundeskongress NSP, Leipzig März 2016 © Kathrin Beckers

02 — Kuratoriumssitzung © Andreas Kaufmann

03 — Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit Südafrika © Milena Schlösser

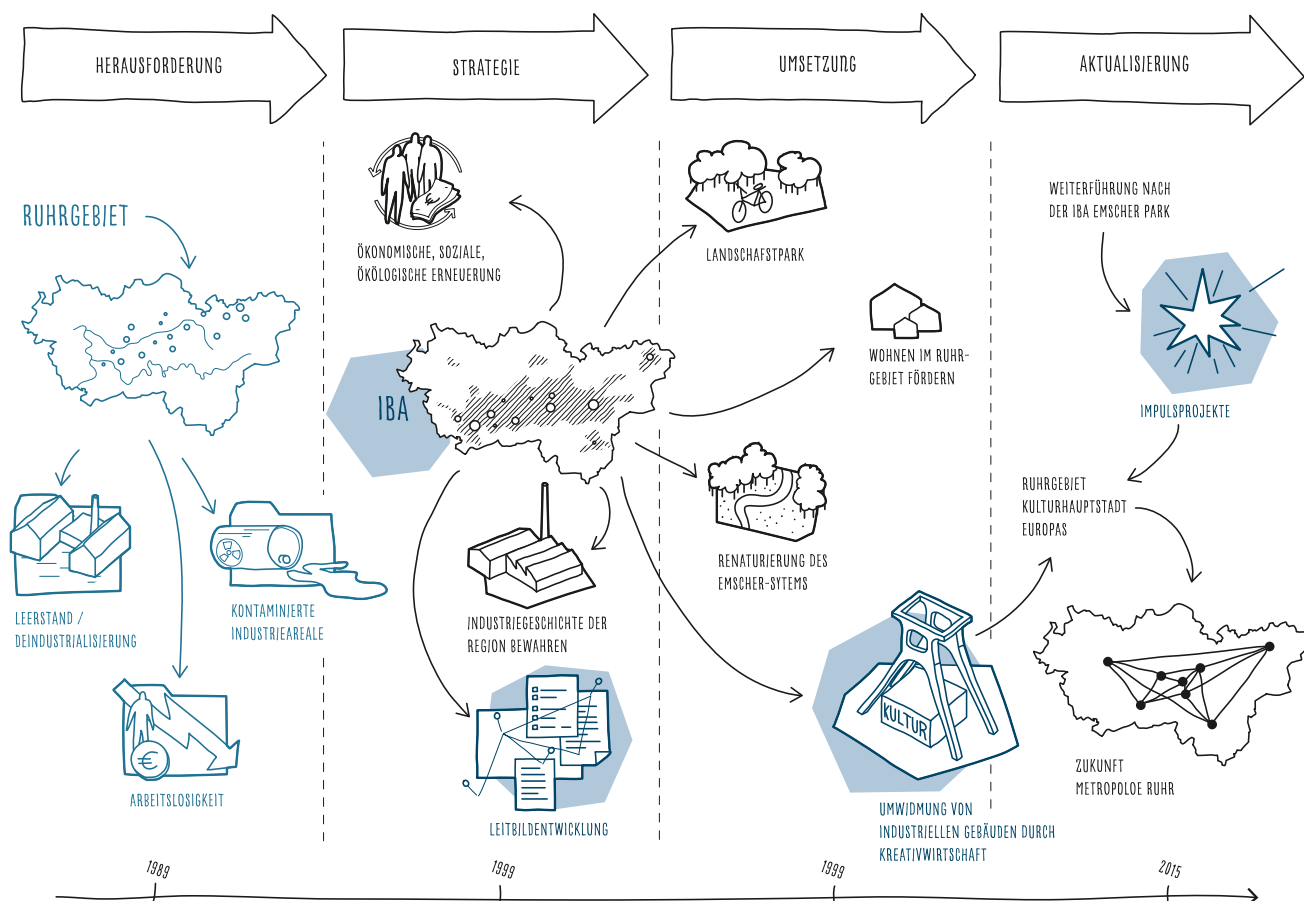
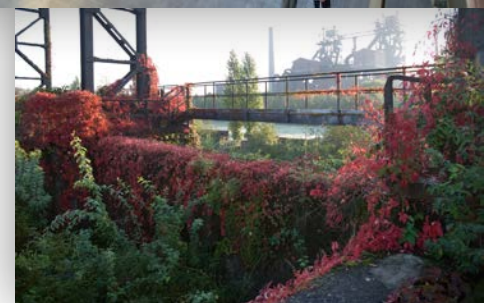
04 — Pilotprojekt: Honorary Hotel und HAL Residency, Leipzig © Ariane Jedlitschka

REGIONALE KOOPERATION:

VON DER IBA EMSCHER PARK ZUR METROPOLE RUHR

Internationale Bauausstellungen (IBA) sind ein Instrument der Stadtplanung, mit dem Impulse für besonders innovative Erneuerungsprozesse in Städten und Regionen ausgelöst werden sollen. Von 1989 bis 1999 führte die IBA Emscher Park im Ruhrgebiet zahlreiche Projekte durch, die eine Neudefinition der ehemals industriell geprägten Zone entlang des Emscher Flusses anstoßen sollten. Kontaminierte Industriearaele, von Bergbau geprägte Gebiete, oder die aufgrund von Arbeitslosigkeit besonders herausgeforderten ehemaligen Arbeiterwohnquartiere stellten Planer zunächst vor gewaltige Probleme. Ziel der IBA-Projekte war, anhand von Beispielprojekten zu zeigen, wie eine umfassende ökonomische, soziale und ökologische Erneuerung auf den Weg gebracht werden kann. Die Bewahrung und Sichtbarmachung der 150jährige Industriegeschichte der Region wurde zur Erneuerungsstrategie: Die Zeche Zollverein oder der Landschaftspark Duisburg-Nord zeigen beispielhaft, wie Industriebrachen in kulturelle Einrichtungen oder Grün- und Freiflächen umgewandelt werden können.

Auch nach dem Ende der IBA Emscher Park wurde die Transformation der Region durch kulturelle Aktivitäten wie ExtraSchicht und die Ruhrtriennale weitergeführt. 2010 wurde das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas – ein Beleg, dass sich das Gebiet zunehmend als Metropole mit 5,1 Mio. Einwohnern versteht. Der 2013 ausgelobte Ideenwettbewerb „Zukunft Metropole Ruhr“ versucht für diese neue Raumstruktur geeignete neue Governance-Instrumente zu entwickeln.





von oben links im Uhrzeigersinn:

- 01 — Jahrhunderthalle, Bochum © NatiSythen
- 02 — Piazza-Metallica © Michael Latz
- 03 — Landschaftspark Duisburg-Nord © Ra'ike
- 04 — Essen – Zeche-Zollverein © Avda
- 05 — Sintergärten © Michael Latz

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Ruhrgebiet,
Nordrhein-Westfalen

1989 – 1999 + seit 2003

Planungswerkzeuge

- + Internationale Bauausstellung (IBA)
- + Leitbildentwicklung
- + Umwidmung von industriellen Gebäuden durch Kreativwirtschaft
- + Impulsprojekt

Akteure

- + Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Innovationen

Entwicklung eines Modells zur Erneuerung einer alten Industrieregion

Förderung

- + Landes Nordrhein-Westfalen

Weitere Info

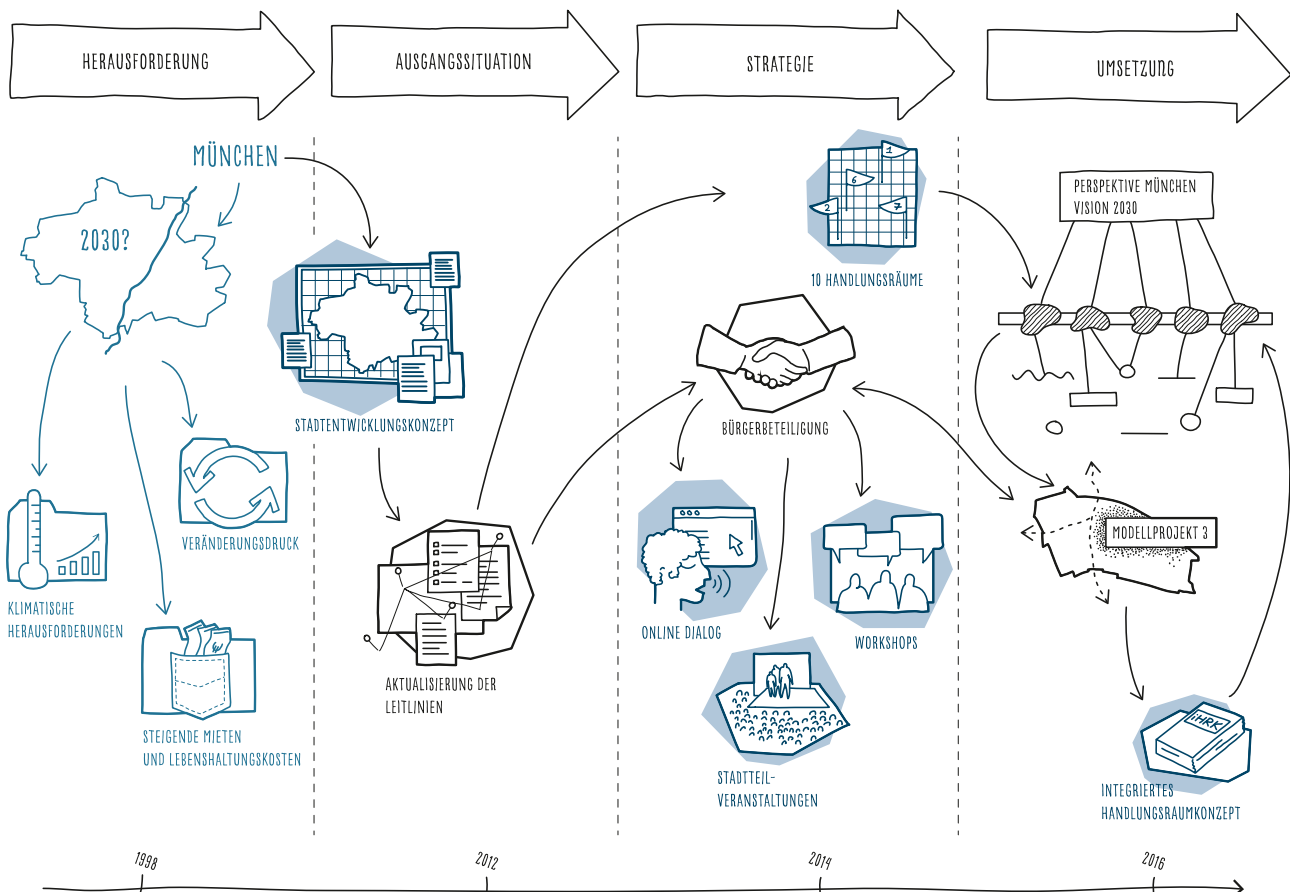
www.iba.nrw.de

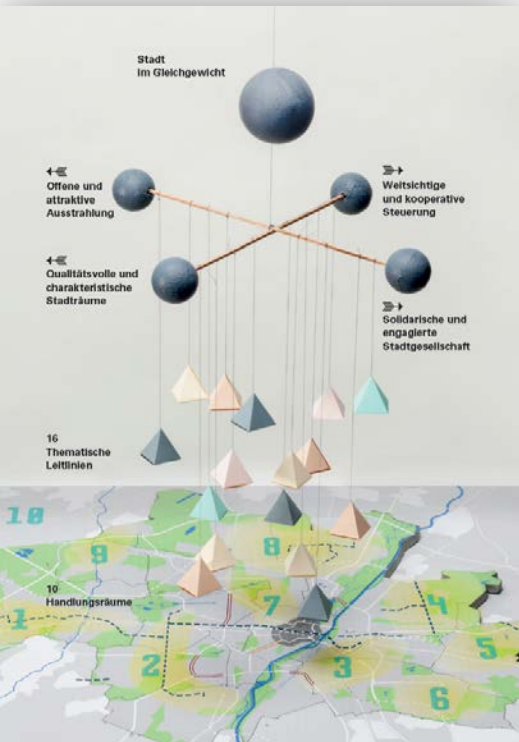
STÄDTISCHE LEITBILDER: PERSPEKTIVE MÜNCHEN

Seit 1998 hat München ein übergeordnetes strategisches Stadtentwicklungskonzept mit Zielaussagen zu nahezu allen wichtigen Themenfeldern wie Stadtgestalt, Wirtschaft, Soziales, Mobilität, Bildung, Gesundheit und Ökologie – die Perspektive München.

Das dynamische Wachstum Münchens hat seitdem zu einem unerwartet hohen Anstieg der Wohnimmobilienpreise und zur Verschärfung der Konkurrenzen um verbleibende Flächen geführt. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich um das Gemeinwohl in den Quartieren. Um das Konzept den aktuellen Entwicklungen anzupassen, wurde 2012 eine Fortschreibung der Perspektive München veranlasst. Alle Bürgerinnen und Bürger wurden eingeladen die Prioritäten der Stadtentwicklung gemeinsam zu diskutieren. Durch Online-Dialoge, Stadtbereichsveranstaltungen oder Workshops mit Schülerinnen und Schülern konnten Ideen und Empfehlungen eingebracht werden.

Mit der Perspektive München wurden zehn Handlungsräume identifiziert, in denen sich Potenziale und Chancen der stadträumlichen Entwicklung in unterschiedlichen Dynamiken konzentrieren. Um auf die Spezifik der jeweiligen Handlungsräume zu reagieren, werden integrierte Steuerungsmodelle entwickelt, die unterschiedliche Teile der Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft besser zusammenführen sollen. Aktuell wird der Handlungsraum 3 im Osten der Stadt im Zuge eines Modellprojekts vertiefend betrachtet. Anhand dieses Raumes sollen übertragbare Ideen entwickelt werden, wie das planerische Instrument der Handlungsräume zukünftig angewendet werden kann.





von oben links im Uhrzeigersinn:

- 01 — Coverbild der Publikation zum Stadtentwicklungskonzept
- 02 — Stadt im Gleichgewicht, diagrammatische Darstellung
- 03 — Podiumsdiskussion
- 04 — Stadtsafari im Handlungsraum

© Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA 1/2

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

München, Freistaat Bayern

1998 und seit 2012

Planungswerkzeuge

- + Stadtentwicklungskonzept
- + Handlungsräume
- + Online Dialog
- + Workshops
- + Stadtteilveranstaltungen
- + Integriertes Handlungsraumkonzept

Akteure

- + Stadt München

Innovationen

Verbindung eines strategischen Stadtentwicklungskonzeptes mit konkreten Planungen und Projekten

Förderung

- + Stadt München

Weitere Info

www.muenchen-mitdenken.de

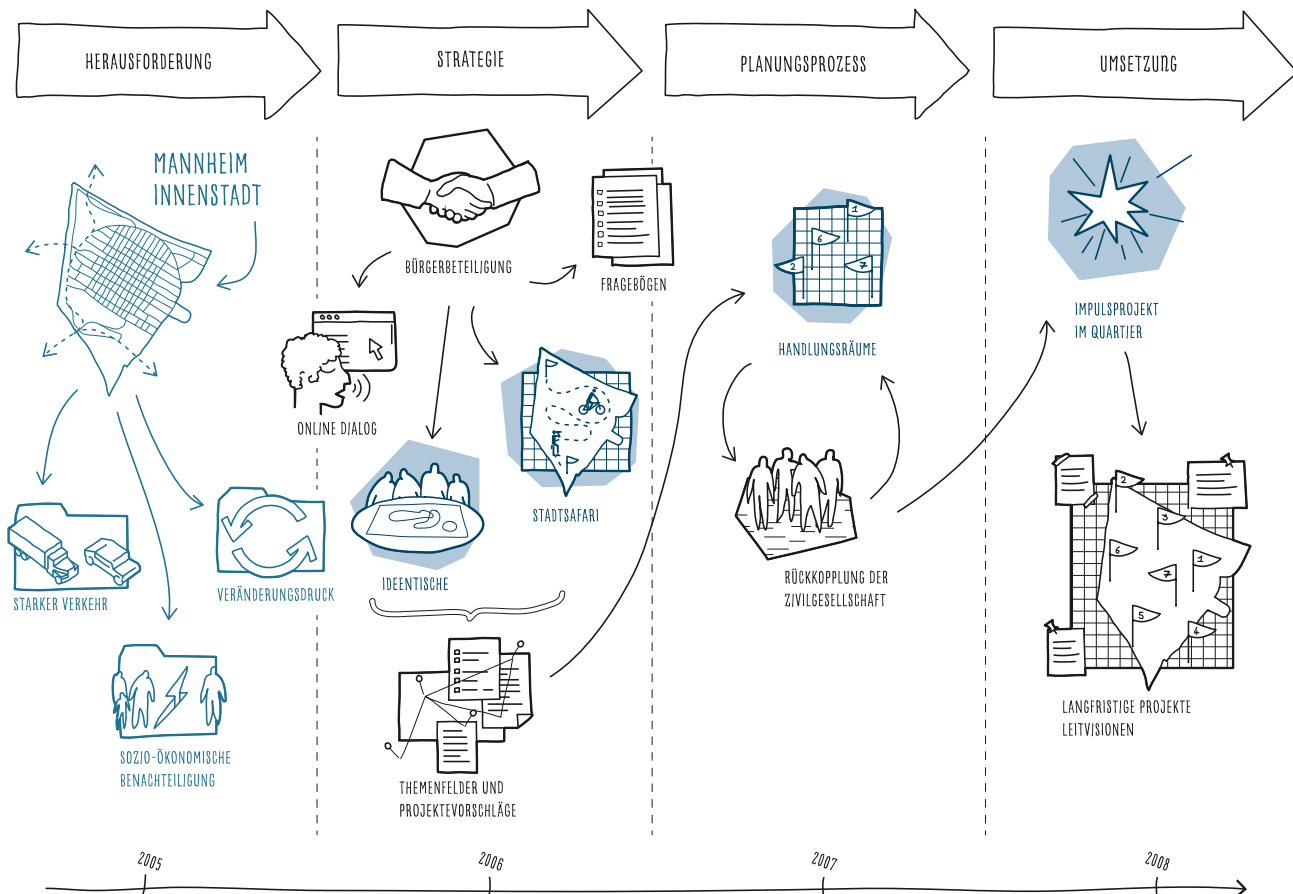
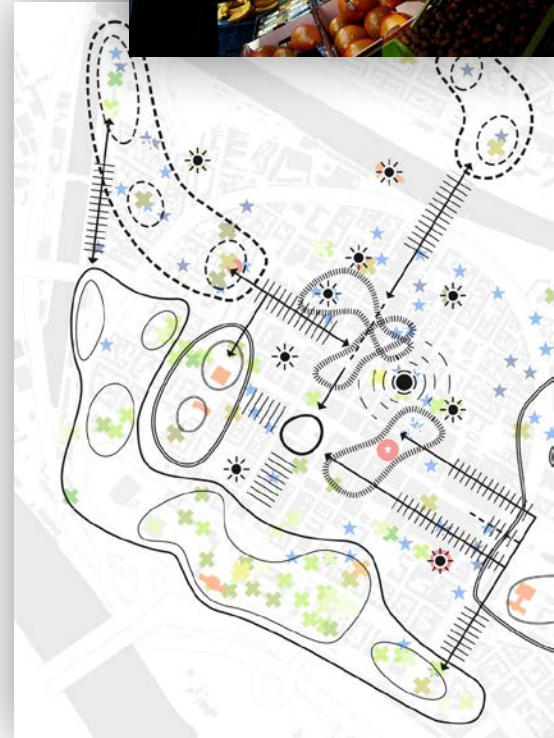
www.muenchen.de

INTEGRIERTE STADTTE/LENTWICKLUNGSKONZEPTE: EKI MANNHEIM

Seit 2007 ist Bürgerbeteiligung in Mannheim kommunale Strategie. Hierfür steht das Entwicklungskonzept Innenstadt Mannheim (EKI) mit dem Ziel, die unterschiedlichen Qualitäten der Innenstadt wie das rechteckige Raster, die hohe Einwohnerdichte und die kulturelle Vielfalt – der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund liegt bei ungefähr 60 Prozent – zu stärken.

In vier Phasen wurden Bürgerinnen und Bürger aktiv in das EKI einbezogen. In Phase eins wurden mittels vielfältiger Formen der Beteiligung wie Bürgersprechstunden, Telefonhotlines, Online-Plattformen und Vor-Ort-Aktionen durchgeführt, um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt zu fördern und bessere Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten. Aufgrund der Ideen wurden zentrale Themenfelder für das EKI identifiziert. Durch Innenstadt-Safaris und Ideentische zu spezifischen Themen wurden konkrete Projektvorschläge formuliert.

In der zweiten Phase wurden Projektvorschläge von allen betroffenen Verwaltungsbereichen bewertet, priorisiert und in einen Gesamtplan übertragen. So wurden Handlungsräume identifiziert, die in der dritten Phase rückgekoppelt und gemeinsam mit lokalen Akteuren und der Zivilgesellschaft diskutiert wurden. Alle Ergebnisse wurden schließlich in einer Beschlussvorlage für den Gemeinderat zusammengefasst. Im Jahr 2009 begann die Umsetzungsphase mit Hilfe engagierter Bewohnerinnen und Bewohner wie zum Beispiel die Umgestaltung von Uferbereichen, Wohnungsbau und die Neugestaltung öffentlicher Räume.





von oben links im Uhrzeigersinn:

- 01 — Multikulturelle Vielfalt: die verlängerte Jungbuschstraße
- 02 — Tunnelkunst in der Unterführung Dalbergstraße
- 03 — Ideentische: Diskussion von Einzelfragen in kleinen Arbeitsgruppen
- 04 — Innenstadtsafari Route 3: Kreatives Mannheim
- 05 — Ideentisch: Kreatives Mannheim, Erkenntnisse

© Norbert Gladrow, Ben Van Skyhawk, Michael Wolf u.a.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Mannheim, Baden-Württemberg

2007 – 2009

Planungswerkzeuge

- + Ideentische
- + Stadtsafari
- + Handlungsräume
- + Impulsprojekt

Akteure

- + Stadt Mannheim
- + ASTOC Architects and Planer
- + Urban Catalyst ^{Studio}
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Förderung

- + Stadt Mannheim

Innovationen

Pionierprojekt zur Entwicklung konkreter Strategien zur Profilierung der Mannheimer Innenstadt

Weitere Info

www.eki-mannheim.de

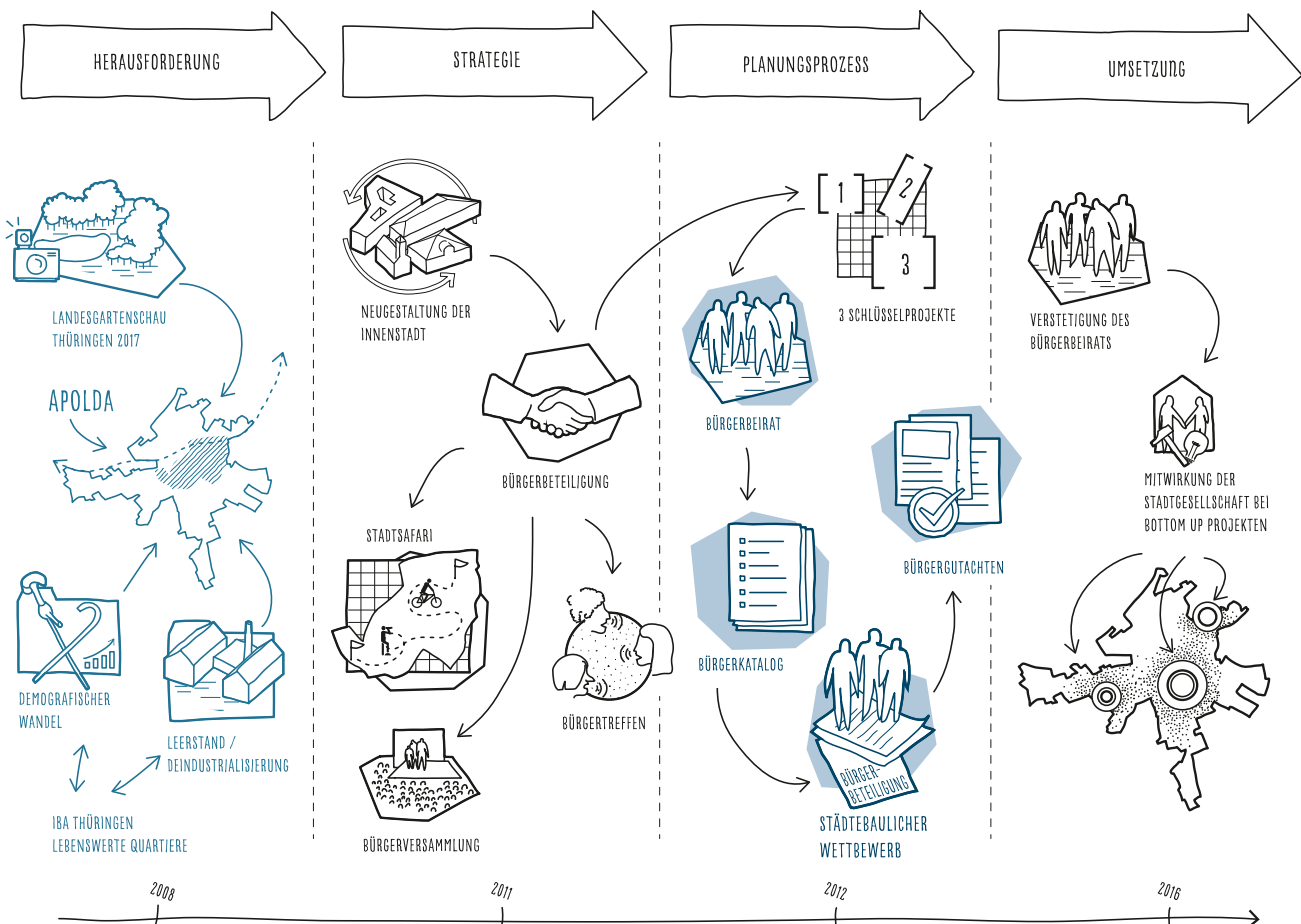
www.mannheim.de/buergerbeteiligung

BÜRGERBEIRAT: LANDESGARTENSCHAU APOLDA

Anlässlich der Landesgartenschau Thüringen 2017 plant die Kleinstadt Apolda neue öffentliche Räume und Grünflächen in der Innenstadt. Um die Bewohnerinnen und Bewohner in die Planungen zu involvieren, wurde 2011 ein Bürgerbeirat als organisatorische Plattform für die Ausrichtung von Beteiligungsprozessen gegründet. Regelmäßige Treffen und organisierte Rundgänge ermöglichen Gedankenaustausch und die Entwicklung neuer Ideen, die Apolda verbessern sollen.

Besonders intensiv hat sich der Bürgerbeirat an den drei im Rahmen der Gartenschau geplanten Projekten Darrstraße, Darrplatz und Melanchtonplatz beteiligt. In einem „Bürgerkatalog“ wurden Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger gesammelt, die in die Ausschreibung für die Planer einfließen. Darüber hinaus ist der Beirat verantwortlich für ein „Bürgergutachten“, das Planungen beurteilt und dem Stadtrat als Entscheidungshilfe dient.

Der Bürgerbeirat wurde so zum Motor der Beteiligungskultur und konnte das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken. Dank der Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik konnte sich aus dem Pilotprojekt eine Institution entwickeln, die diverse Aufgaben bei der Vorbereitung der Landesgartenschau 2017 übernommen hat, und auch langfristig Bestand haben soll.





von oben links im Uhrzeigersinn:

01 — Arbeit am Bürgergutachten © Hans-Werner Preuhsler

02 — Bürgerspaziergang © Thüringer Landesgartenschau

03 — Preisverleihung zum Kernzonen-Wettbewerb © Thüringer Landesgartenschau

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Apolda, Thüringen

2008 – 2017

Planungswerkzeugen

- + Bürgerbeirat
- + Bürgerkatalog
- + Städtebaulicher Wettbewerb
- + Bürgergutachten

Akteure

- + Stadt Apolda
- + Bürgerbeirat
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Innovationen

Entwicklung neuer Formen der Bürgerbeteiligung

Förderung

- + Nationale Stadtentwicklungspolitik

Weitere Info

www.buergerbeirat.ausapolda.de

WIE WERDEN ZIELE
ZU INTEGRIERTEN,
AKTEURSORIENTIERTEN
PLANUNGEN?

Ein besonders wirksames Instrument für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist eine strategische Entwicklungsplanung, wie sie sich beispielsweise als Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK, INSEK) im Rahmen der lokalen Vorbereitung und Umsetzung von Städtebauförderungsprogrammen bewährt hat. Dabei werden Handlungsziele, Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten ebenso zusammengeführt wie sektorale Betrachtungen und Handlungsansätze. Erforderlich ist eine intensive Zusammenarbeit mit allen auf der jeweiligen Handlungsebene relevanten Akteuren. Dabei muss die Zivilgesellschaft eine besondere Beachtung finden, da nur so Akzeptanz und aktive (Mit-)Trägerschaft für die Handlungsprogramme und Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung gefördert werden können.

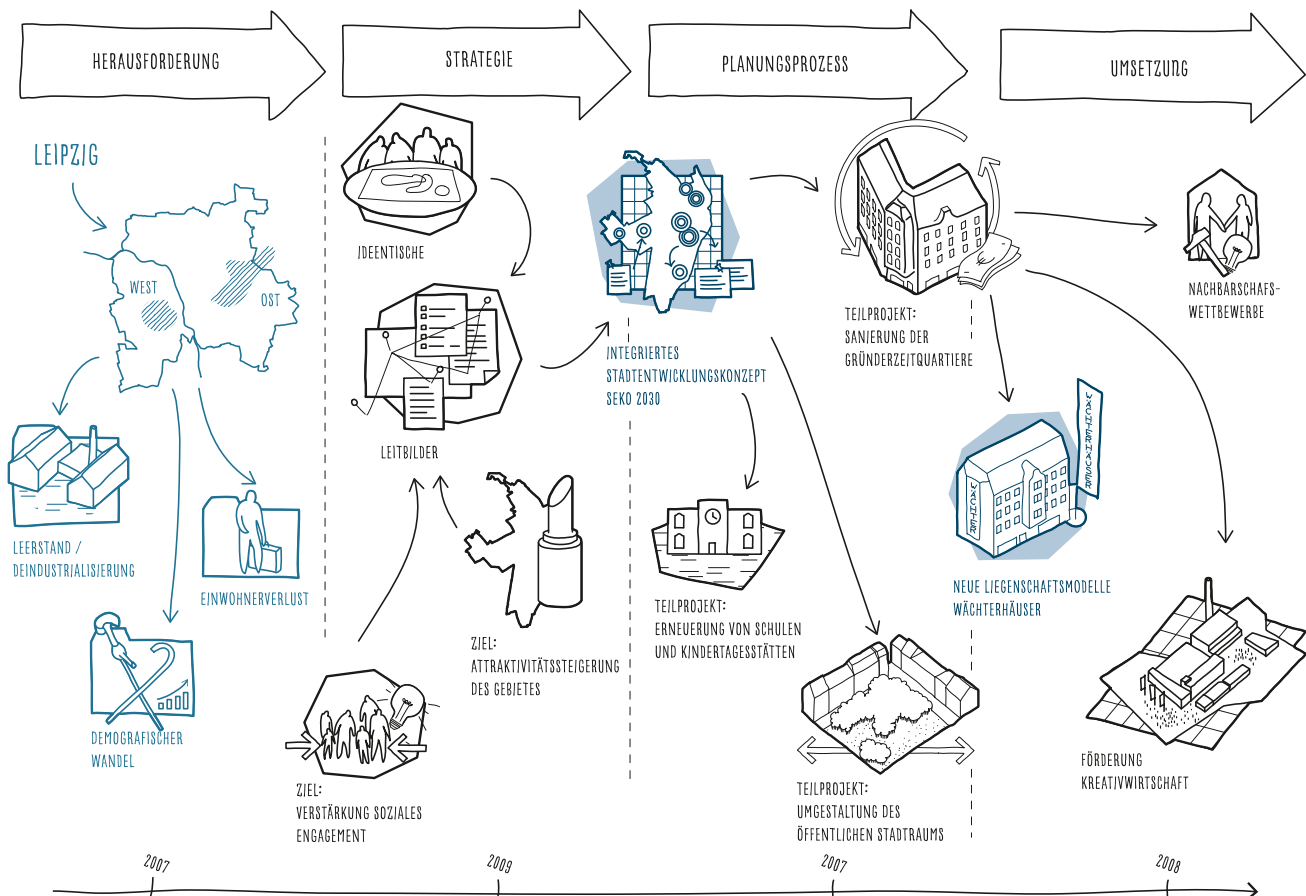
Besondere Berücksichtigung finden dabei benachteiligte Stadtquartiere, die in Deutschland mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt werden. Städtebauliche Aufwertungsstrategien werden ebenso umgesetzt wie die Stärkung der lokalen Wirtschaft und des lokalen Arbeitsmarktes, Strategien einer aktiven Bildungs- und Ausbildungspolitik, einer lokalen Integrationspolitik sowie die Sicherung leistungsstarker und effizienter technischer Infrastrukturen.

REVITALISIERUNG INNERSTÄDTISCHER QUARTIERE: LEIPZIGER WESTEN

Vor 100 Jahren zählte Leipzig zu den größten Städten des Deutschen Reiches mit einer prosperierenden und vielfältigen Wirtschaft. Schon während der DDR-Zeit setzte ein Bevölkerungsrückgang ein, der sich nach der Wiedervereinigung 1990 noch einmal beschleunigte. In den Gründerzeitquartieren war fast jede fünfte Wohnung von Leerstand betroffen. 2009 entwickelte Leipzig ein integriertes Stadtentwicklungskonzept „SEKo 2030“, um dem Niedergang zu begegnen. Außerdem gründete Leipzig zusammen mit Bremen und Nürnberg das von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geförderte Projekt „Koopstadt“ (2008-2015), um einen Wissensaustausch zu Fragen der Stadtentwicklung zu initiieren.



Besonders dringender Handlungsbedarf bestand im Leipziger Westen, ein zentral gelegenes Quartier mit teils leerstehenden Mietskasernen sowie brachgefallenen Industrieanlagen und Verkehrsinfrastrukturen. Ein spezifischer Stadtteilplan mit Revitalisierungsstrategien wurde entwickelt. Soziale Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten wurden erneuert, Straßen und Grünflächen umgestaltet. Neue öffentliche Wegeverbindungen wurden realisiert, etwa entlang des Ufers des Karl-Heine-Kanals. Ein besonderer Schwerpunkt war die Förderung nutzergetragener Projekteinitiativen (siehe auch Projektbeispiel Haushalten e.V.) durch das Förderprogramm Stadtbau Ost, die das Stadtbild verbessert, die Quartiere revitalisiert, den sozialen Zusammenhalt und Stadteilkultur gefördert haben. Heute ist die Attraktivität des Leipziger Westens als urbanes Wohnquartier wieder hergestellt.





von oben links im Uhrzeigersinn:

01 — Strassenfassade und Eingang Tapetenwerk © Regentaucher, regentaucher.com

02 — Maschinenfabrik Philipp Swiderski © Johannes Wobus

03 — Tapetenwerkhof © Regentaucher, regentaucher.com

04 — Nachbarschaftsgarten im LeipzigerWesten © Claudia Maicher

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Leipzig, Sachsen

2001 – 2008

Planungswerkzeugen

+ Integriertes Stadtentwicklungskonzept

+ Neue Liegenschaftsmodelle

Akteure

+ Stadt Leipzig

+ Stadtumbaumanagement Leipziger Westen

+ ZAROF. GmbH

+ HausHalten e.V.

+ Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Innovationen

Erneuerung von Stadtteilen durch Bottom-up Projekte.

Förderung

+ EU Gemeinschaft initiative URBAN II

+ Stadtbau Ost

+ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

+ Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE)

+ Europäischer Sozialfonds (ESF)

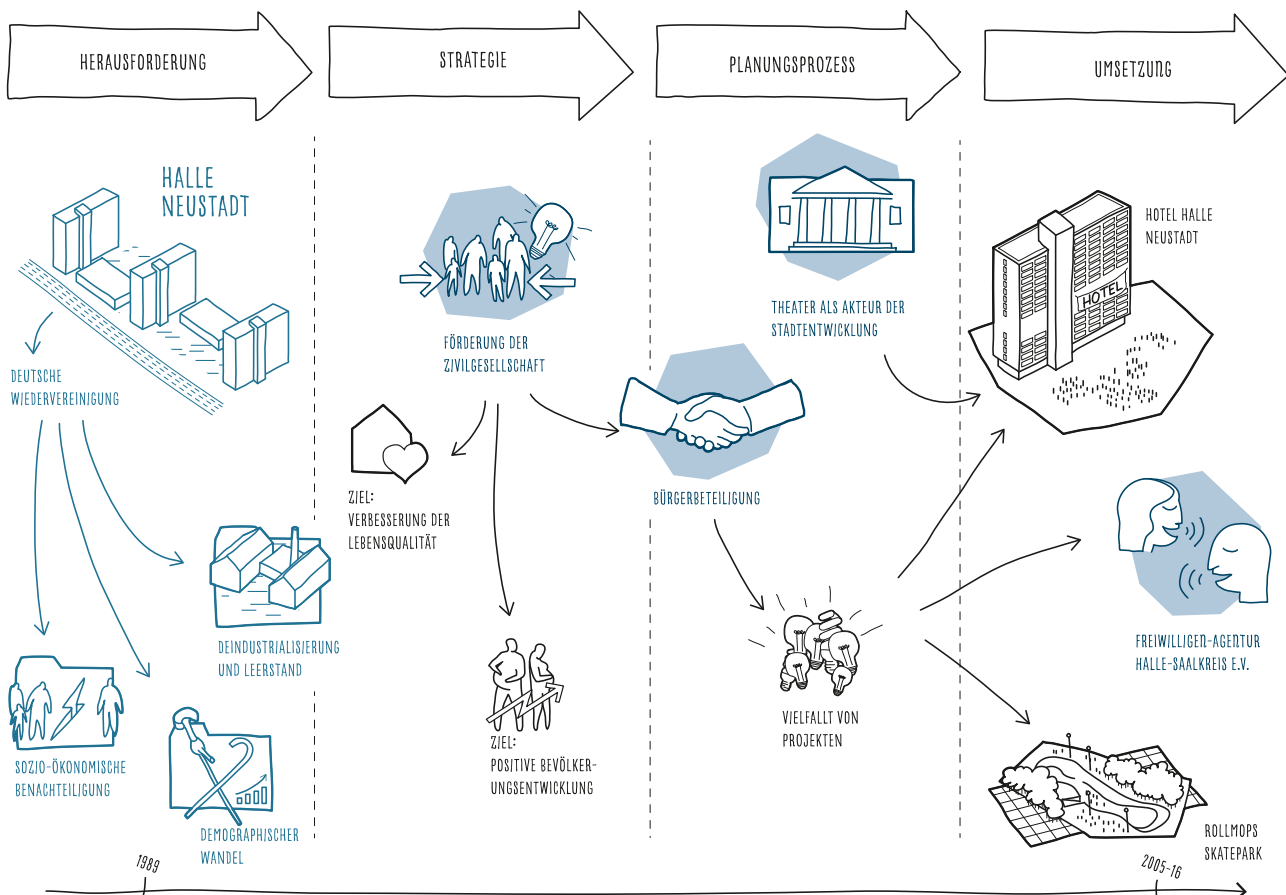
Weitere Info

www.leipziger-westen.de

TRANSFORMATION GROSSWOHNSIEDLUNGEN: HALLE-NEUSTADT

Halle-Neustadt entstand im Jahr 1964 als Wohnort für die Arbeiterinnen und Arbeiter lokaler Chemieindustrie. Die sozialistische Musterstadt bestand aus 18 in Plattenbauweise errichteten Wohnhochhäusern umrahmt von großzügigen Grünflächen mit Bildungs-, Freizeit- und Versorgungseinrichtungen. Wende und Abwicklung von Industrie resultierten in der Abwanderung von der Hälfte der ehemals 90.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Stadtteil sah sich mit Leerstand, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung konfrontiert.

Seit 2001 ermöglichte das Förderprogramm Stadtumbau Ost die Unterstützung vielfältiger Stadtteilprojekte zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement wie Theaterinitiativen, Sportprojekte für Jugendliche oder die Entwicklung einer Agentur für freiwillige Stadthelferinnen und Stadthelfer. Ein viel beachtetes interdisziplinäres Projekt war das „Hotel Neustadt“ aus dem Jahr 2003, eine Initiative des Thalia Theater aus Halle zur Sichtbarmachung von Veränderungsprozessen der schrumpfenden Stadt. Künstlerinnen und Künstler, Architektinnen und Architekten und Stadtplanerinnen und Stadtplaner diskutierten zusammen mit lokalen Jugendlichen im Rahmen eines zweiwöchigen Festivals die Zukunft von Halle Neustadt. Ein leer stehendes 18-geschossiges Studentenwohnheim am Hauptplatz von Halle Neustadt wurde in ein temporäres Hotel mit 92 einzigartig gestalteten Räumen verwandelt, betrieben von Jugendlichen mit Unterstützung des Theaters. So konnte der Ort zumindest temporär neu belebt und mit einer neuen Bedeutung aufgeladen werden.





STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Halle (Saale), Sachsen-Anhalt
seit 2003

Planungswerkzeuge

- + Förderung der Zivilgesellschaft
- + Bürgerbeteiligung
- + Theater als Akteur der Stadtentwicklung
- + Freiwilligen-Agentur

Akteure

- + Thalia Theater
- + Kulturstiftung des Bundes
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Innovationen

Stärkung des Stadtteils basierend auf zivilgesellschaftlichem Engagement und kulturellen Projekten.

Förderung

- + Kulturstiftung des Bundes
- + IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010
- + Nationale Stadtentwicklungspolitik

Weitere Info

www.halle.de

www.hotel-neustadt.de

www.freiwilligen-agentur.de

von oben links im Uhrzeigersinn:

01 — Hotel Neustadt © Raumlabor

02 — Sicht aus dem ehemaligen Wohnturm © Raumlabor

03 — Skatepark Neustadt © Matthias Aust, Michael Förster und studio 51 | Wolfgang Aldag, studio 51

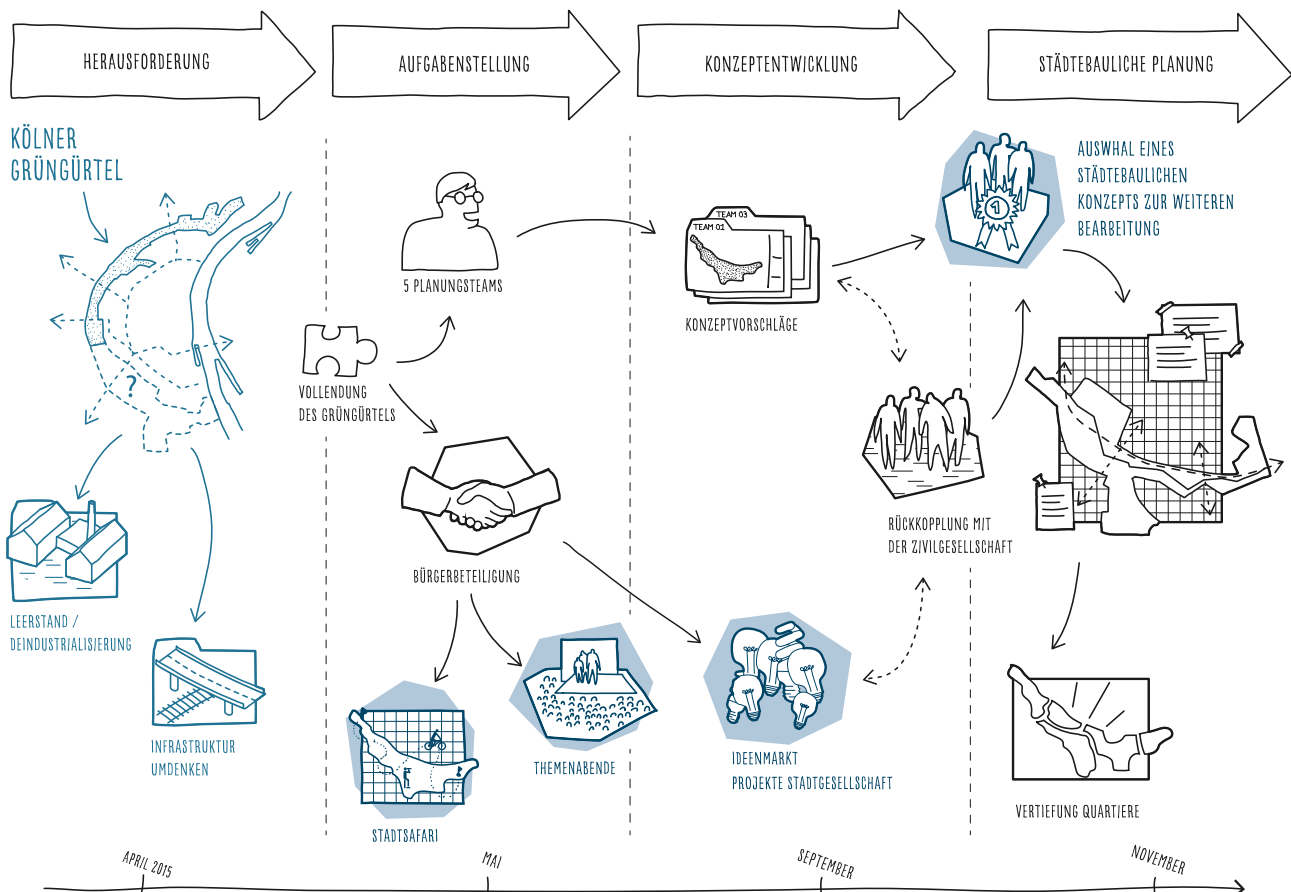
04 — Skatepark Neustadt © Matthias Aust, Michael Förster und studio 51 | Wolfgang Aldag, studio 51

KONVERSIONSFLÄCHEN: PARKSTADT SÜD

Der Grüngürtel um die Innenstadt von Köln ist ein wichtiger Orientierungs- und Identifikationsort. Im Mittelalter verlief hier die Stadtmauer. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts begann die schrittweise Umgestaltung in eine Grün- und Freifläche. Im Rahmen des Masterplans Innenstadt 2009 wurde entschieden, auch die letzten noch verbleibenden Gewerbeflächen und den Großmarkt in eine Parkanlage umzugestalten, und den Grüngürtel somit bis an den Rhein zu vervollständigen. 2015 führte die Stadt Köln ein kooperatives Planungs- und Beteiligungsverfahren zur künftigen „Parkstadt Süd“, durch in dem die Stadtgesellschaft und fünf internationale Planungsteams gemeinsam eine Vision für das 115 ha große Areal entwickelten. In öffentlichen „Stadt-Safaris“ und Themenabenden sowie flankierenden Analysen durch die Planungsteams wurden die Stärken und Schwächen identifiziert. Die Ergebnisse flossen in die Aufgabestellung für den Entwurf ein. Im Rahmen eines Ideenmarktes zeigten Akteure aus dem Kölner Süden ihre Nutzungsideen und die Planungsteams stellten erste Entwurfskonzepte in einem begehbaren Modell vor.



Am Ende des Verfahrens entschied sich die beteiligte Öffentlichkeit zusammen mit einem begleitenden Gremium aus Experten und Politik für einen konkreten Entwurf eines integrierten Rahmenplans. Die vertiefende Planung wird in der nächsten Phase mit weiterer öffentlicher Beteiligung vor Ort ergänzt. Eine Basisstation soll auf dem Großmarktgelände errichtet werden, um mittels Ausstellungen und Debatten den Planungsstand kritisch zu begleiten, sowie ein Projektauftrag für Zwischennutzungen zu starten.





von oben links im Uhrzeigersinn:

- 01 — Begehbare Modell © Ulrich Kaifer für Urban Catalyst Studio
- 02 — Ideenmarkt © Matthias Knepeck für Urban Catalyst Studio
- 03 — Begehbare Modell © Ulrich Kaifer für Urban Catalyst Studio
- 04 — Stadt Safari © Matthias Knepeck für Urban Catalyst Studio
- 05 — Parkbankgespräch Perspektive © RMP Architekten

STECKBRIEF

Ort und Zeiträumen

Köln, Nordrhein-Westfalen

seit 2015

Planungswerkzeuge

- + Stadtsafari
- + Themenabende
- + Ideenmarkt
- + Städtebaulicher Wettbewerb

Akteure

- + Stadt Köln
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner
- + Urban Catalyst ^{Studio}
- + Neubighubacher
- + ASTOC GmbH & Co
- + AS&P, Albert Speer und Partner GmbH
- + KCAP,
- + RMP Stephan Lenzen
- + West 8 urban design & landscape,

Innovationen

Entwicklung neuer Formate in der Bürgereteiligung

Förderung

- + Stadt Köln

Weitere Info

www.stadt-koeln.de

WELCHE AKTEURINNEN UND AKTEURE BAUEN STADT?

Wesentliche Voraussetzung zur Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik ist die Zuständigkeit der Gemeinden für die Daseinsvorsorge und ihre rechtliche und finanzielle Ausstattung. Dabei spielen die kommunalen Eigenbetriebe und Unternehmen (u.a. kommunale Wohnungsunternehmen, öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung/Entwässerung) eine zentrale Rolle.

Bei der Entscheidung über Handlungskonzepte und Einzelmaßnahmen haben in den letzten Jahren neben Unternehmen vor allem die Zivilgesellschaft an Bedeutung gewonnen und Verantwortung übernommen. Beispielhaft hierfür sind junge Akteurinnen und Akteure, die Stadtquartiere durch kreative Aneignungen von leerstehenden Gebäuden oder Brachflächen aktivieren, sowie neue kulturelle Nutzungen, die innovative Impulse aussenden und mittels künstlerischer Ansätze den Horizont möglicher Entwicklungsoptionen erweitern. Stadtverwaltungen wurden im Rahmen solcher Prozesse plötzlich zu Lernenden einer neuen nutzergetragenen Stadtentwicklung.

Das Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und vor allem Zivilgesellschaft ist in Deutschland seit Jahren bewährt, unterliegt aber kontinuierlichen Verbesserungen und Erweiterungen. Hier liegt ein nutzbarer Fundus an Erfahrungen und Methoden, Zuständigkeiten und Prinzipien vor, der für den Erfahrungstransfer genutzt und aufbereitet werden kann.

STADTVERWALTUNG: MAINUFERPARK

Die Nutzung der Mainwiesen im Zentrum von Aschaffenburg hat in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten zwischen Naherholung und Parkflächen geführt. 2011 initiierte die Stadt ein partizipatives Verfahren zur Neugestaltung des Areals, in dem mit Hilfe neuartiger Beteiligungsansätze vor allem auch sonst schwer zu erreichende Nutzergruppen einbezogen wurden. Auf Initiative des Oberbürgermeisters wurde ein „Schlossterrassenbeirat“ gebildet, der unterschiedliche Interessengruppen vertritt. Auftakt des Beteiligungsprozesses war die Durchführung einer Bürgerwerkstatt in Form eines „Planungs-Picknicks“. 4.000 Besucherinnen und Besucher kamen, um sich zu informieren, sich kennenzulernen und eigene Vorschläge einzureichen. Eine Open-Air-Dauerausstellung und ein interaktiver Internetauftritt dokumentierten den Prozess fortlaufend und boten stetige Beteiligungsmöglichkeiten.

Durch Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring wurden das Jugendradio und Soziale Medien einbezogen, um Jugendliche zu erreichen. Erstmals fand auch ein Sommercamp der Volkshochschule in Kooperation mit der Stadtplanung auf den Mainwiesen statt. Über 500 Vorschläge und Projektideen wurden so gesammelt. Die Menschen konnten die „Rückeroberung“ auch direkt erleben. Eine temporäre Bühneninstallation zur freien, kulturellen Nutzung wurde als erster „Bürgerwunsch“ 2012 umgesetzt. Wasserzugänge wurden mit einfachen Mitteln attraktiver gestaltet und mit Sitzmöglichkeiten versehen. 2013 folgte ein Biergarten, ein Teststreifen für einen Fahrradweg, sowie ein Konturmodell eines Schiffes, das vor Ort aufgebaut werden soll.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Aschaffenburg, Bayern

2011 – 2013

Planungswerkzeuge

- + Bürgerbeteiligung
- + Temporäre Interventionen
- + Massnahmenkatalog

Akteure

Stadt Aschaffenburg

Innovationen

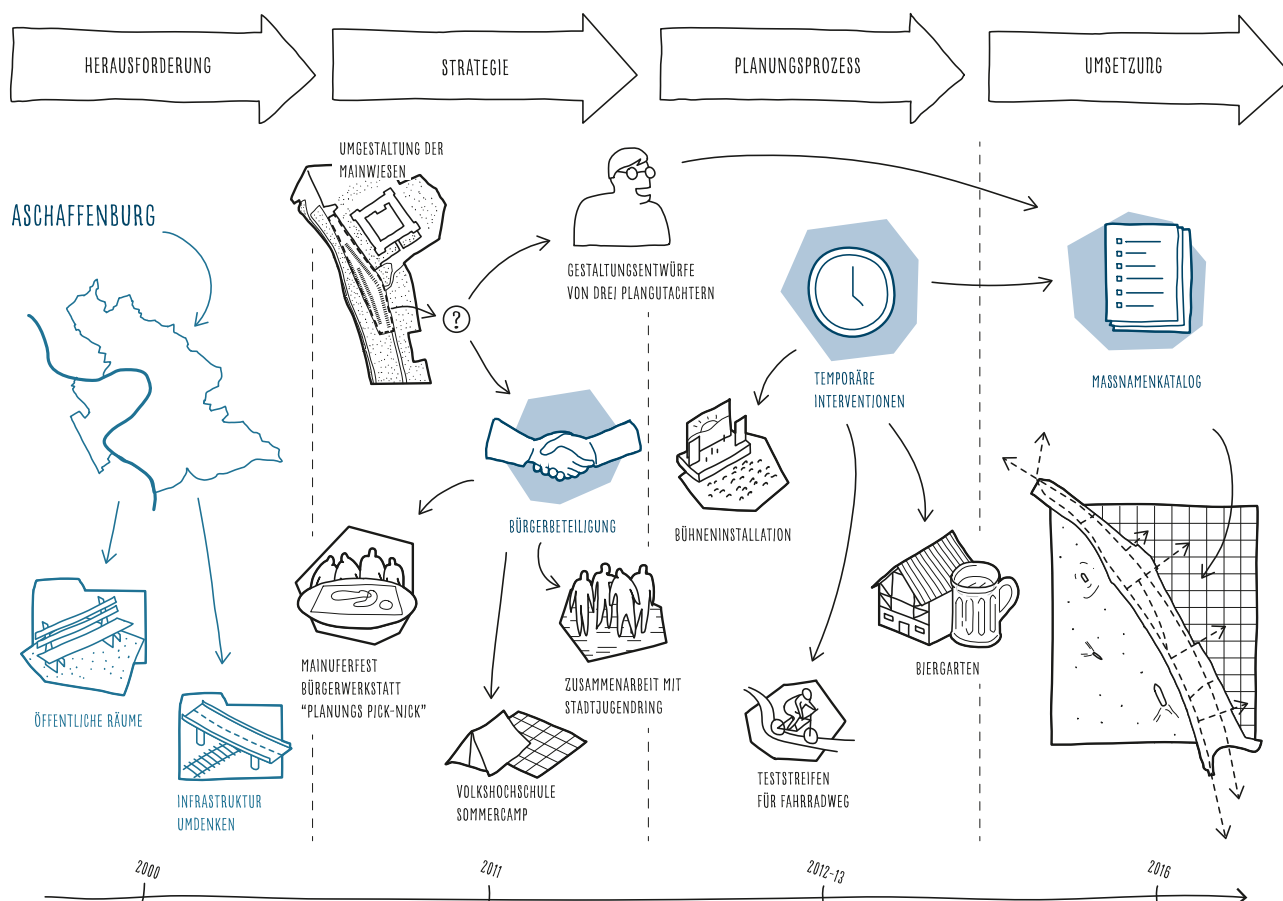
Innovative Formen der Bürgerbeteiligung

Förderung

- + Nationale Stadtentwicklungspolitik
- + Stadt Aschaffenburg

Weitere Info

www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Projekte/NSPProjekte/Baukultur/Aschaffener_Schlossterrassen.html



KULTURINSTITUTIONEN:

EIN THEATER ALS URBANER AKTEUR

Mülheim ist ein Kölner Stadtbezirk im Strukturwandel, der mit vielen Herausforderungen wie Deindustrialisierung, Zuwanderung und Gentrifizierung konfrontiert ist.

Das vor Ort ansässige Schauspiel Köln initiierte das zweijährige Projekt „Die Stadt von der anderen Seite sehen“ und wurde so zu einem Motor für eine nutzergetragene Stadtentwicklung. Gemeinsam mit den Bewohnern werden Zukunftsvisionen für den heterogenen Stadtteil entwickelt. Wie sieht die Zukunft von Mülheim aus? Wie wollen wir zusammen leben? Welche Orte sind für eine Revitalisierung des Stadtteiles wichtig? Etwa 200 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an zehn von Künstlerinnen und Künstlern, Schauspielerinnen und Schauspielern, Designerinnen und Designern, sowie Planerinnen und Planern geleiteten Workshops, die an unterschiedlichen Orten im Quartier wie der lokalen Moschee oder dem Sportzentrum stattfanden.

Die Ergebnisse der Einzelworkshops wurden in Bürgerforen diskutiert. Ziel des künstlerischen Beteiligungsprozesses war es, neue Blicke auf den Stadtteil zu entwickeln und die Vernetzung zwischen den Akteurinnen und Akteuren vor Ort zu fördern.

STECKBRIEF

Ort und Zeiträumen

Köln, Nordrhein-Westfalen

seit 2016

Planungswerkzeuge

+ Lokale Vernetzungen stärken

+ Workshop

+ Leitbildentwicklung

Akteure

+ Schauspiel Köln

+ Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Förderung

+ Nationale Stadtentwicklungspolitik

+ Kunststiftung Nordrhein-Westfalen

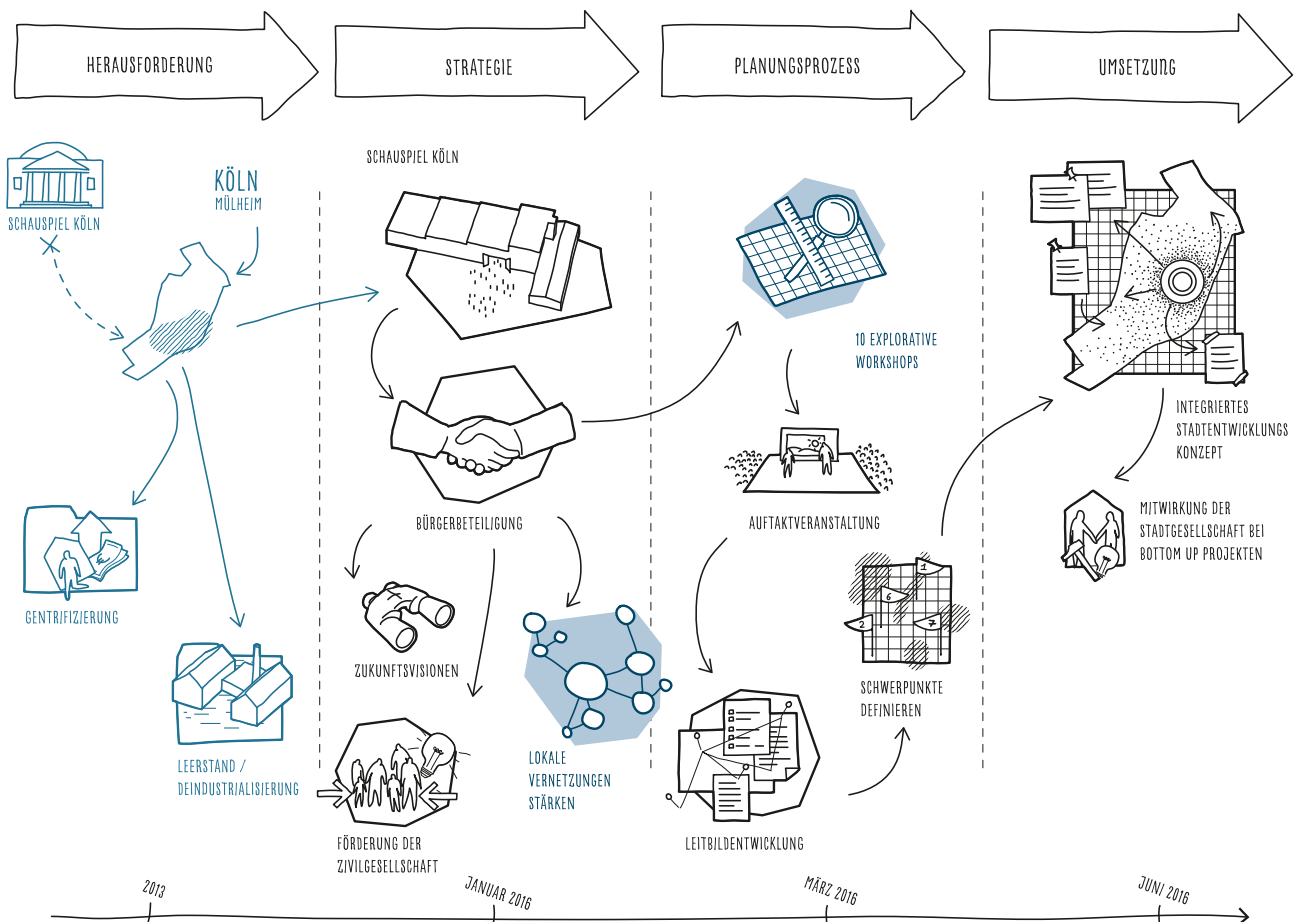
+ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Innovationen

Kulturelle Institutionen wirken als Motor für die Stadtentwicklung.

Weitere Info

www.schauspiel.koeln



WOHNGENOSSENSCHAFT: SPREEFELD

Die Genossenschaft „Spreefeld Berlin eG“ (Gründung 2007) hat das Ziel, gemeinschaftlich orientierte Wohnformen als Alternative zur immobilienwirtschaftlichen Angeboten zu entwickeln. 2011 konnte ein öffentliches Grundstück per Erbpachtvertrag erworben werden. In einem partizipativen Verfahren mit 90 Anteilseignerinnen und Anteilseignern der Genossenschaft wurden hier drei achtgeschossigen Wohnhäuser geplant und realisiert.

Die Gebäude ermöglichen eine Vielzahl von Wohnformen von Clusterwohnungen mit großen Gemeinschaftsflächen bis hin zu privaten Wohnungen und reflektieren so die große soziale und ökonomische Heterogenität der Bewohnerschaft. Finanzschwächere Bewohnerinnen und Bewohner wurden durch Kredite der KfW für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützt.

Die Organisationsform als Genossenschaft ermöglichte, dass Gemeinschaftsinteressen an Bedeutung gewannen und Einzelinteressen in den Hintergrund gedrängt wurden. So ist es ein zentrales Grundprinzip des Baukomplexes, dass das Areal und Flussufer öffentlich zugänglich gehalten und die Erdgeschosszonen für gemeinschaftliche Nutzungen reserviert bleiben. In jedem Wohnhaus verblieb ein Bereich im Rohbauzustand. Hier kann die Bewohnerschaft flexibel über die Nutzung entscheiden, die Räume z.B. als Küche/Café, Möbelwerkstatt, Bibliothek oder Mehrzweckraum selbst ausbauen, und die Nutzung in Zukunft verändern.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Berlin

2007 – 2014

Planungswerkzeuge

+ Gründung e.G.

+ Grundstück der Verwertungslogik des Marktes entziehen

Akteure

+ Spreefeld Berlin e.G.

+ Carpaneto schöningh Architekten

+ FAT_Koehl Architekten

+ BARarchitekten

Innovationen

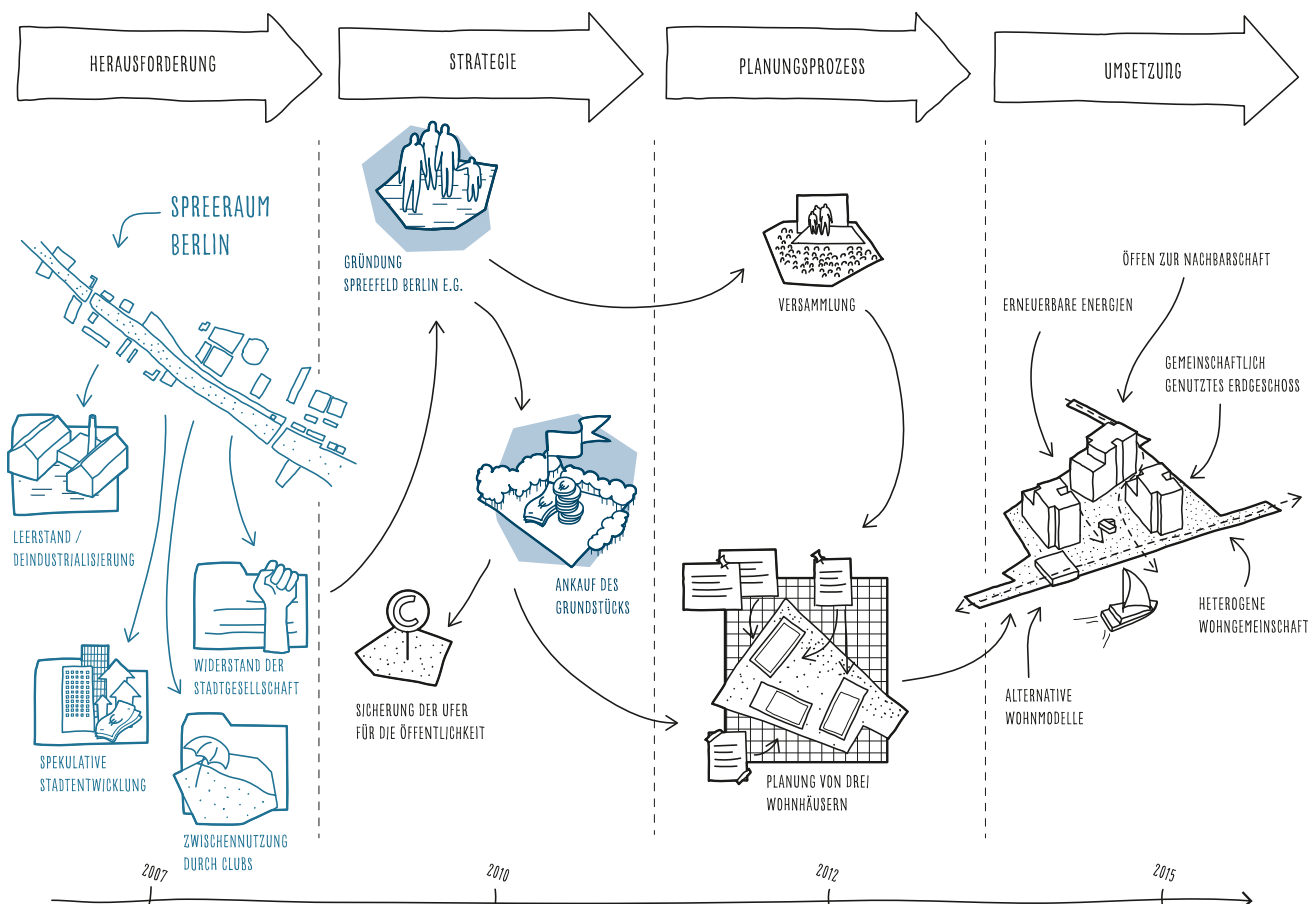
Stadtentwicklung durch Genossenschaften als Alternative zu gewinnorientierten Vorhaben.

Förderung

/

Weitere Info

www.spreefeld-berlin.de



STIFTUNG: ALTE SAMTWEBEREI

Seit Ende der 1970er Jahre verfiel das Gebäude der Alten Samtweberei im Westen Krefelds. Das umgebende Stadtquartier galt als „sozialer Brennpunkt“, assoziiert mit Armut, sozialer Ausgrenzung und instabilen Wohnsituationen. Im Jahr 2013 wurde durch eine Initiative der Montag Stiftung Urbane Räume der Verein „Urbane Nachbarschaft Samtweberei“ gegründet, um zusammen mit lokalen Bewohnerinnen und Bewohnern einen langfristigen Erneuerungsplan für das Stadtquartier zu entwickeln.

Die Instandsetzung und Aktivierung der Alten Samtweberei soll dabei zu einem Schlüsselement werden. Kostengünstige Raumangebote für junge und kleine Unternehmer aus dem Bereich der Kreativwirtschaft sollten dazu beitragen, neue Arbeitsmodelle zu entwickeln und die lokale Wirtschaft zu stärken. Die erste Phase bildete das Pionierhaus, ein Nachbarschaftstreff, in dem kulturelle und soziale Projekte sowie neue, gemeinschaftliche Wohnformen eine Heimat finden.

Als Gegenleistung zu den günstigen Mieten verpflichten sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses, pro Jahr eine Stunde je gemietetem Quadratmeter in soziale und kulturelle Arbeit im Samtweberviertel zu investieren.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Krefeld, Nordrhein-Westfalen

2013 – 2019

Planungswerkzeuge

- + Bürgerbeteiligung
- + Impulsprojekt
- + Aktivierung in Phasen

Akteure

- + Bürgerinitiative Rund um St. Josef e.V
- + Urbane Nachbarschaft Samtweberei
- + Pionierhaus Krefeld

Förderung

- + Bonner Carl-Richard Montag Förderstiftung

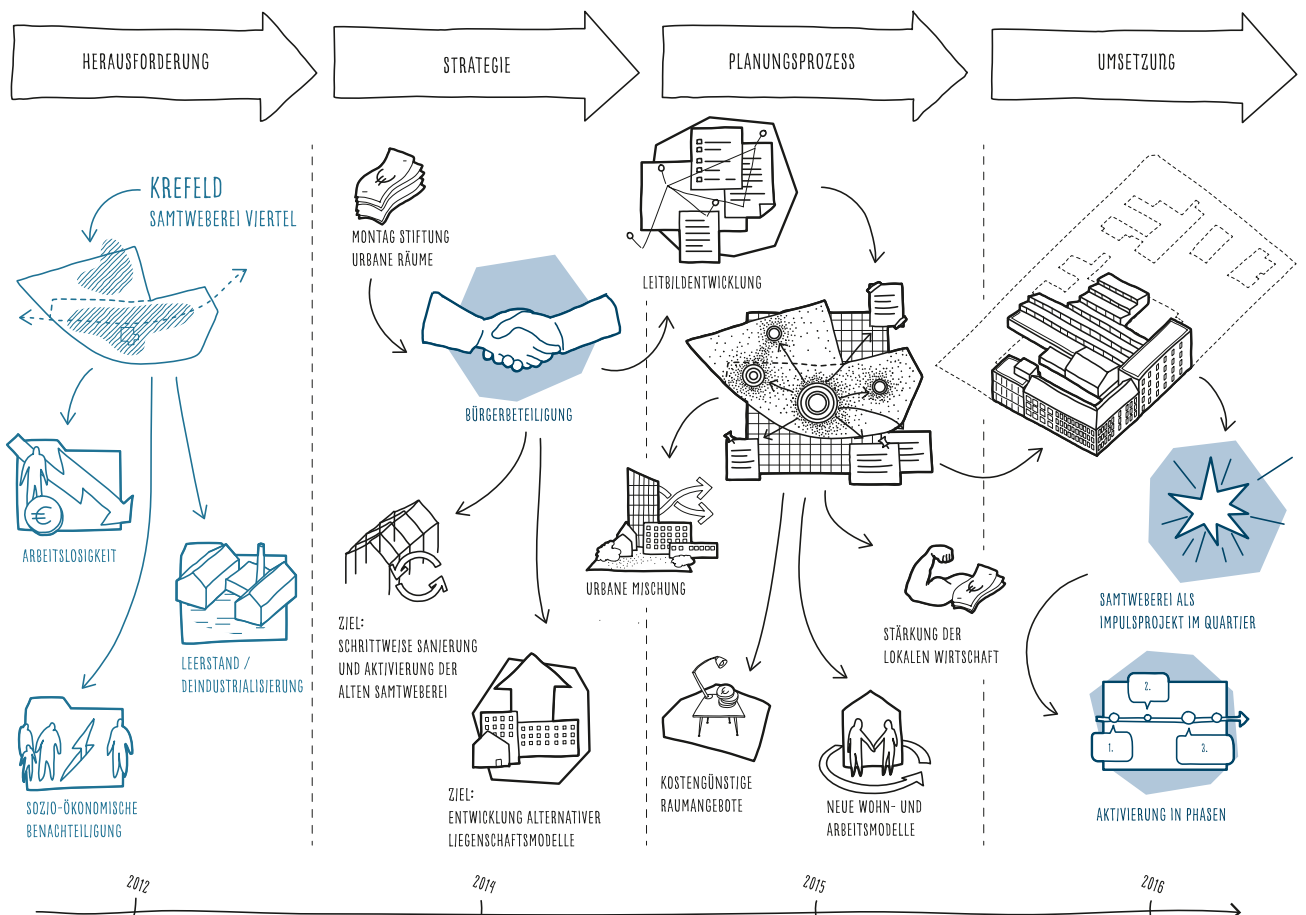
Innovationen

Durch die Verstärkung von sozialem Engagement und die Organisation von lokalen Akteuren wurde das Quartier aufgewertet.

Weitere Info

www.samtweberviertel.de

www.pionierhaus-krefeld.de



UNTERNEHMERINITIATIVE: MASTERPLAN MG 3.0

Um die Entwicklung der Stadt Mönchengladbach zu fördern, schlossen sich 2010 mehrere Architekturbüros und Unternehmen zum Verein MG 3.0 zusammen. Der Verein finanzierte durch Spenden die Ausarbeitung eines städtebaulichen Masterplans. Erste Ideen wurden 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt und anschließend in einem mehrjährigen Prozess unter breiter Beteiligung weiterentwickelt. Während vielerorts unternehmerische Initiativen von der Bürgerschaft kritisch begleitet werden, konnten durch den offenen, beteiligungsorientierten Prozess und die vielfältigen Nutzungsideen ein breiter lokaler Konsens erzielt werden.

Vielfältige Beteiligungsformate kamen dabei zum Einsatz. Durch eine „Mobile Denkfabrik“ wurde der Masterplanprozess im Stadtraum erlebbar. Die Installation beförderte die öffentliche Diskussion auf Augenhöhe. Der Verein kooperierte auch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wie „200 Tage Fahrradstadt“, der „Initiative Gründerzeitviertel“ oder dem „Altstadtlabor“. So wurden bestehende positive Erfahrungen in den Planungsprozess eingebracht.

Im Juli 2013 verabschiedete der Rat der Stadt Mönchengladbach mit breiter politischer Mehrheit den Masterplan MG 3.0 als Regiebuch für die zukünftige Stadtentwicklung. Rechtlich gesehen bleibt der städtebauliche Masterplan ein informelles und damit nicht bindendes Planwerk. Das eindeutige Bekenntnis des Rates zeigt jedoch, dass die lokale Politik gewillt ist, die Idee des Vereins zu unterstützen und umzusetzen.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Mönchengladbach,
Nordrhein-Westfalen
seit 2008

Planungswerkzeuge

- + Gründung e.V.
- + Labor für Beteiligung
- + Aktivierung in Phasen

Akteure

- + MG 3.0 e.V.
- + Stadt Mönchengladbach
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Innovationen

Private Unternehmer als Katalysator der Stadtentwicklung

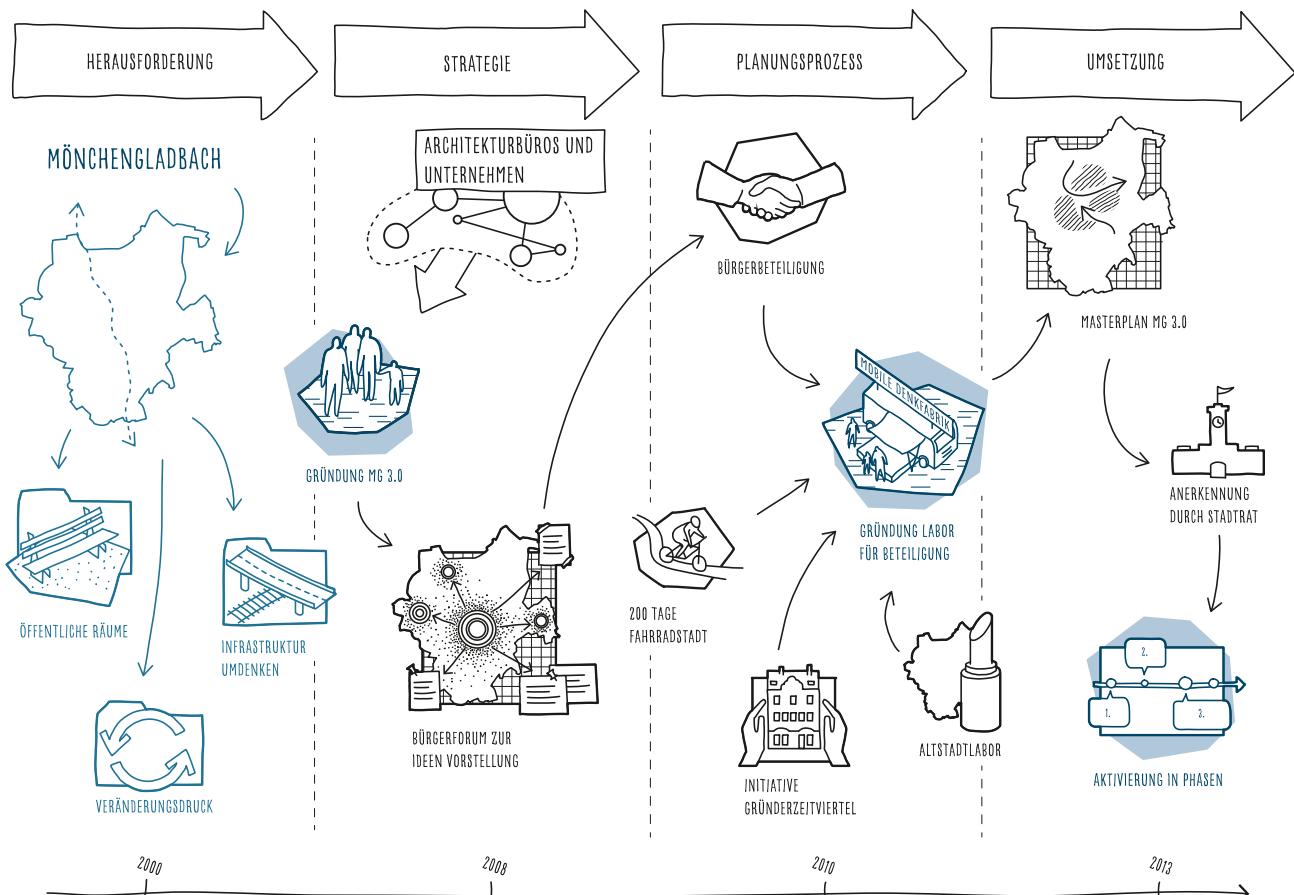
Förderung

- + Nationale Stadtentwicklungspolitik
- + Verschiedene Sponsoren durch den Verein MG 3.0

Weitere Info

www.mg3-0.de

www.moenchengladbach.de



SOZIALUNTERNEHMER: PRINZESSINNENGÄRTEN

Seit Jahrzehnten lag das Grundstück eines ehemaligen, im Krieg zerstörten Kaufhauses im Herzen Berlin-Kreuzbergs brach oder wurde als Lagerfläche genutzt. Als die Gründer des gemeinwohlorientierten Unternehmens Nomadisch Grün eine Fläche für einen Nachbarschaftsgarten suchten, stand das Grundstück bereits seit Jahren zum Verkauf. Zunächst erhielten sie nur eine Erlaubnis für eine einjährige Zwischennutzung, die mittlerweile mehrmals verlängert wurde. Die Nutzerinnen und Nutzer entwickelten aus der Ungewissheit eine Strategie: bio-zertifiziertes Gemüse und Kräuter werden in transportablen Kisten aus Kunststoff und aus Holz gepflanzt und können jederzeit an einen anderen Ort umziehen. Mittlerweile hat sich aus Garten und Café ein vielschichtiger öffentlicher Ort entwickelt. Andere teils gemeinwohlorientierte Nutzungen oder Firmen kamen hinzu.

Der Prinzessinnengarten ist zu einem weit über die Stadt hinaus bekannten Ort für Wissenstransfer und Austausch zu Themen urbaner Landwirtschaft, nachhaltiger Ernährung oder Upcycling geworden. Durch die Kampagne „Wachsen lassen!“ wurde mit 30.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Erhalt der Prinzessinnengärten am Moritzplatz bis 2018 gesichert. Die jüngste Initiative ist die Einrichtung einer Nachbarschaftsakademie als selbstorganisierter Lernort. Seit 2013 wurde gemeinsam diese Idee für eine Laube im Prinzessinnengarten als offene, flexibel veränderbare Gebäudestruktur für eine ganzjährige Nutzung entwickelt.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Berlin

seit 2009

Planungswerkzeuge

+ Neue Liegenschaftsmodelle

+ Zwischennutzung

+ Transfer

Akteure

+ Nomadisch Grün gemeinnützige GmbH

+ Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

Förderung

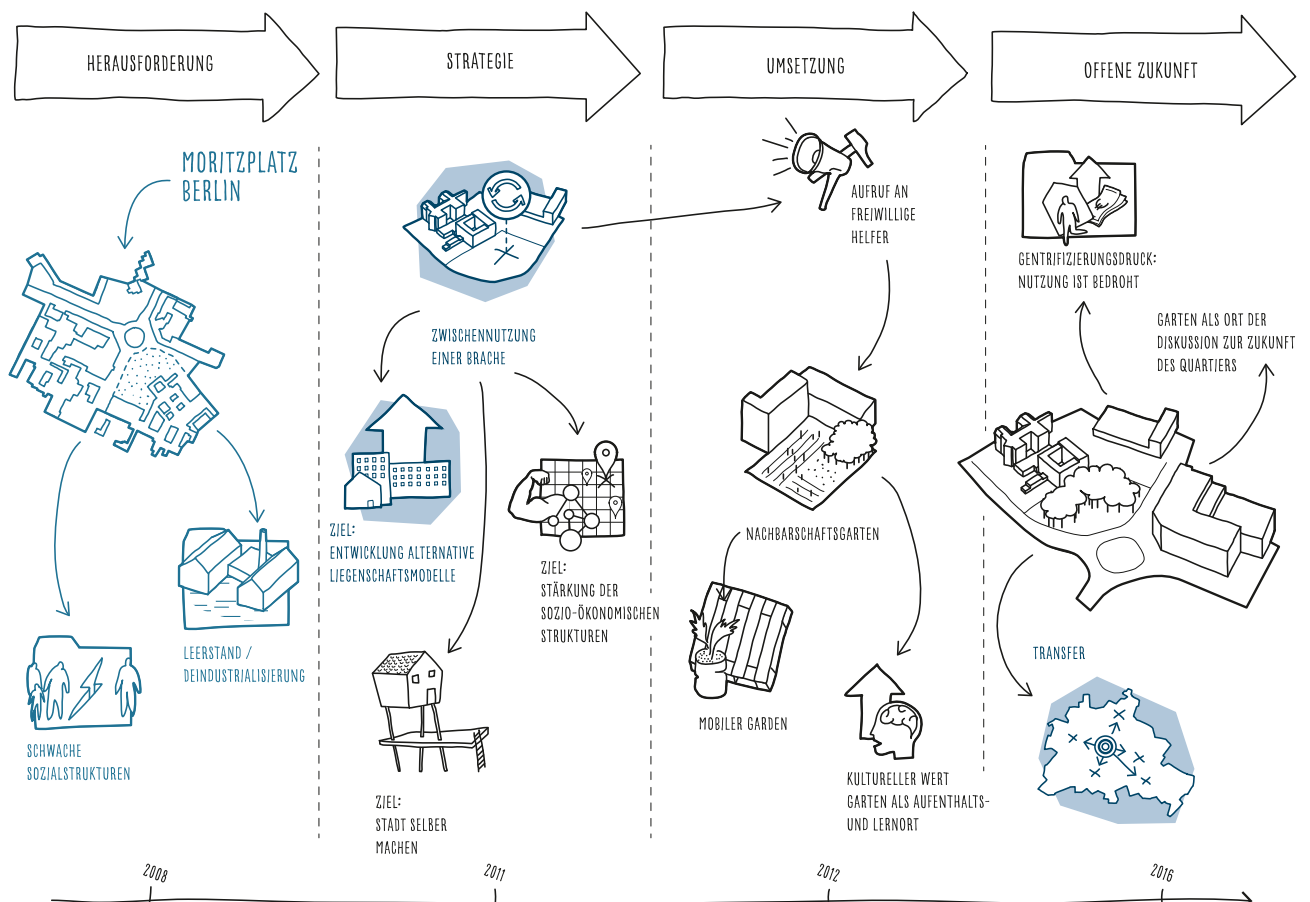
/

Innovationen

Urbaner Garten als Katalysator zur Revitalisierung der Nachbarschaft

Weitere Info

www.prinzessinnengarten.net



BÜRGERINITIATIVE: PLANBUDE

St. Pauli ist ein beliebter Stadtteil Hamburgs: bunt, heterogen und jung – und durch sein Vergnügungs- und Rotlichtviertel bekannt. Die lokale Bewohnerschaft verfolgt den Erfolg des Quartiers allerdings zunehmend kritisch. Durch Gentrifizierung werden lokale Bewohner aus dem Kiez verdrängt. Der drohende Abriss der Esso-Häuser – zwei achtstöckige einsturzgefährdete Wohnblocks aus den 1960er Jahren – mobilisierte die Stadtgesellschaft zum Protest. Gefordert wurde eine gemeinwohlorientierte Folgenutzung.

In Folge startete die Bürgerinitiative „Hamburg selber machen“. Durch die Gründung des Quartiersvereins PlanBude wurde das Gespräch zwischen Stadtverwaltung und Hauseigentümer gesucht und ein breiter Beteiligungsprozess gestartet. In sechs Monaten wurden mittels Fragebögen, Knetmodellen, Karten, Legomodellen, Workshops, Kneipentouren oder Schülerworkshops insgesamt 2300 Ideen und Wünsche gesammelt, bewertet und archiviert. Im Ergebnis entstand der St. Pauli Code, eine Liste von lokalen Qualitäten (1–Unterschiedlichkeit statt Homogenität, 2–Kleinteiligkeit, 3–Günstig statt teuer, 4–Originalität und Toleranz, 5–Aneignung und Lebendigkeit, 6–Experiment und Subkultur, 7–Freiraum ohne Konsumzwang).

Der Code sowie konkrete Nutzungsideen wurden von der Stadtverwaltung als Grundlage für einen Architekturwettbewerb akzeptiert. Der Siegerentwurf schlägt eine gemeinnützige Nutzung des Erdgeschoss als Interface zwischen Stadtraum und Bewohnerschaft und eine kleinteilige Parzellierung des Grundstücks für größtmögliche Nutzungsmischung vor.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Spielbudenplatz, Hamburg

2013 – 2015

Planungswerkzeuge

- + Labor für Beteiligung
- + Regeln für die Zukünftige Entwicklung
- + Städtebaulicher Wettbewerb

Akteure

- + PlanBude
- + Zivilgesellschaft und Stadtbewohner
- + NL Architects
- + Bel Architekten

Innovationen

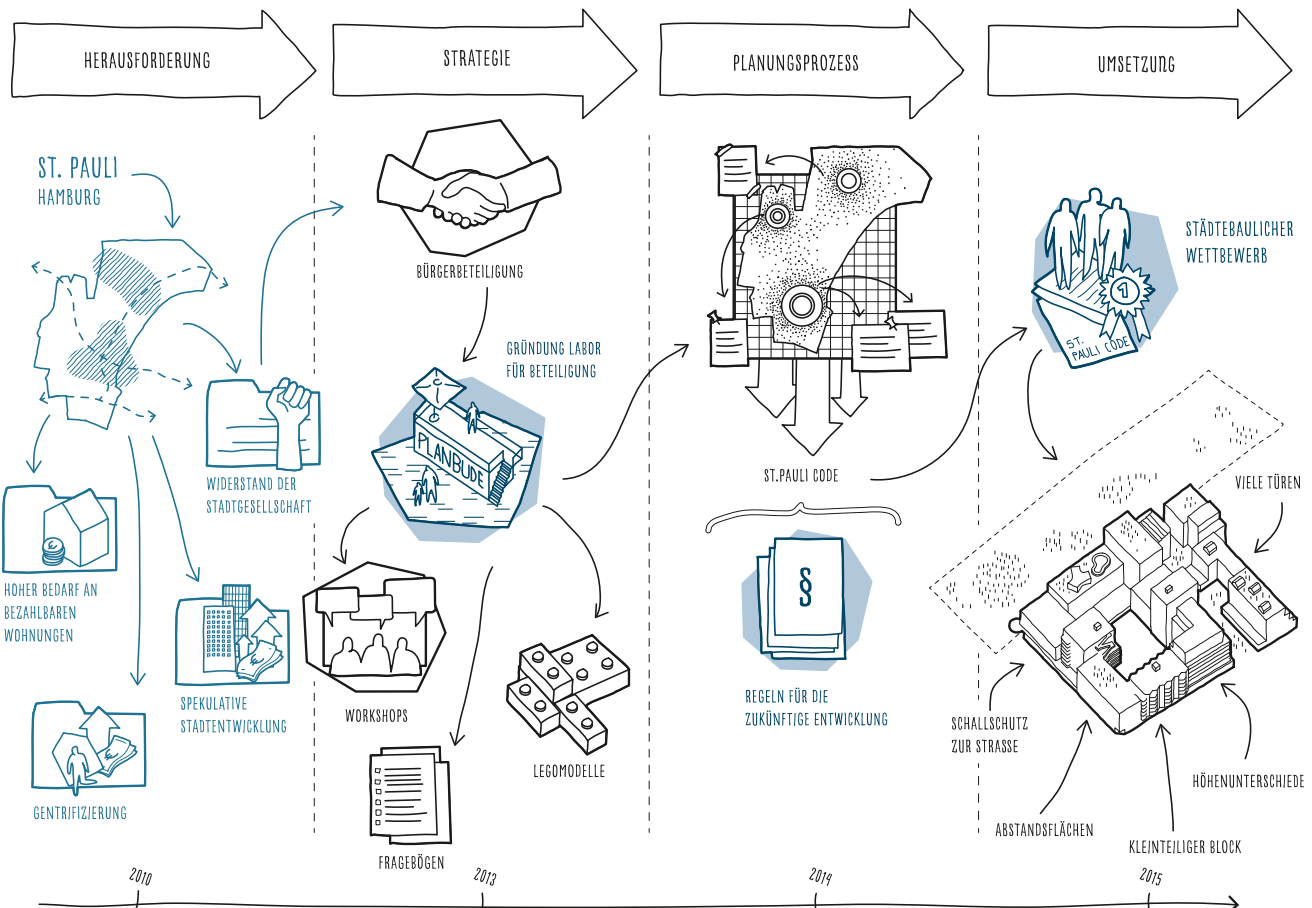
Entwicklung neuer Formen in der Bürgerbeteiligung

Förderung

Stadt Hamburg

Weitere Info

www.planbude.de



BÜRGERINITIATIVE: INITIATIVE BUNDESPLATZ

Der Bundesplatz in Berlin-Wilmersdorf ist eine historische Platzanlage, die seit den 1960er Jahren vom Autoverkehr dominiert wird und an der das Erbe des autogerechten Stadtbbaus Berlins mit Autobahntunnel, ausgeweiteten Straßen und der Querung der Stadtautobahn A 100 deutlich sichtbar ist. Das gesamte Quartier wird durch den Verkehr belastet, als Folge verwahrlosten öffentliche Räume, leiden Gewerbetreibende und die direkte Anwohnerschaft der Straßen. Die zunehmend negative Entwicklung des Bundesplatzes wollten zwölf Anwohnerinnen und Anwohner nicht länger hinnehmen: Sie gründeten im Jahr 2010 den Verein „Initiative-Bundesplatz e.V.“. Sie verfolgen das Ziel, Bundesplatz und Bundesallee ihre verloren gegangenen urbanen Raum- und Platzqualitäten zurückzugeben. Heute sind über 250 Personen Mitglied im Verein.

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet der konsensorientierte Dialog mit der Nutzerinnen und Nutzer, dem Bezirksamt, und gewählten Vertretern aus Bezirk und Land. Im Rahmen von mehreren Planungsworkshops wurde eine Vision für einen nachhaltigen Bundesplatz entwickelt. Durch das Fest „Paradies Bundesplatz“ im Oktober 2015 wurde der Platz temporär verkehrsberuhigt und Bürgerinnen und Bürger konnten diskutieren, wie sie sich eine Umgestaltung des Quartiers vorstellen. Das Straßenfest mit überwältigend positiver Resonanz, breiter politischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung sowie über 5.000 Besucherinnen und Besuchern zeigte eindrucksvoll, welche Bedeutung der Neudefinition der autogerechten Strukturen beigemessen wird.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Berlin

2015

Planungswerkzeuge

+ Bürger gehen in Vorleistung

+ Temporäre Interventionen

Akteure

+ Initiative-Bundesplatz e.V.

+ Zivilgesellschaft und Stadtbewohner

+ Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf

Innovationen

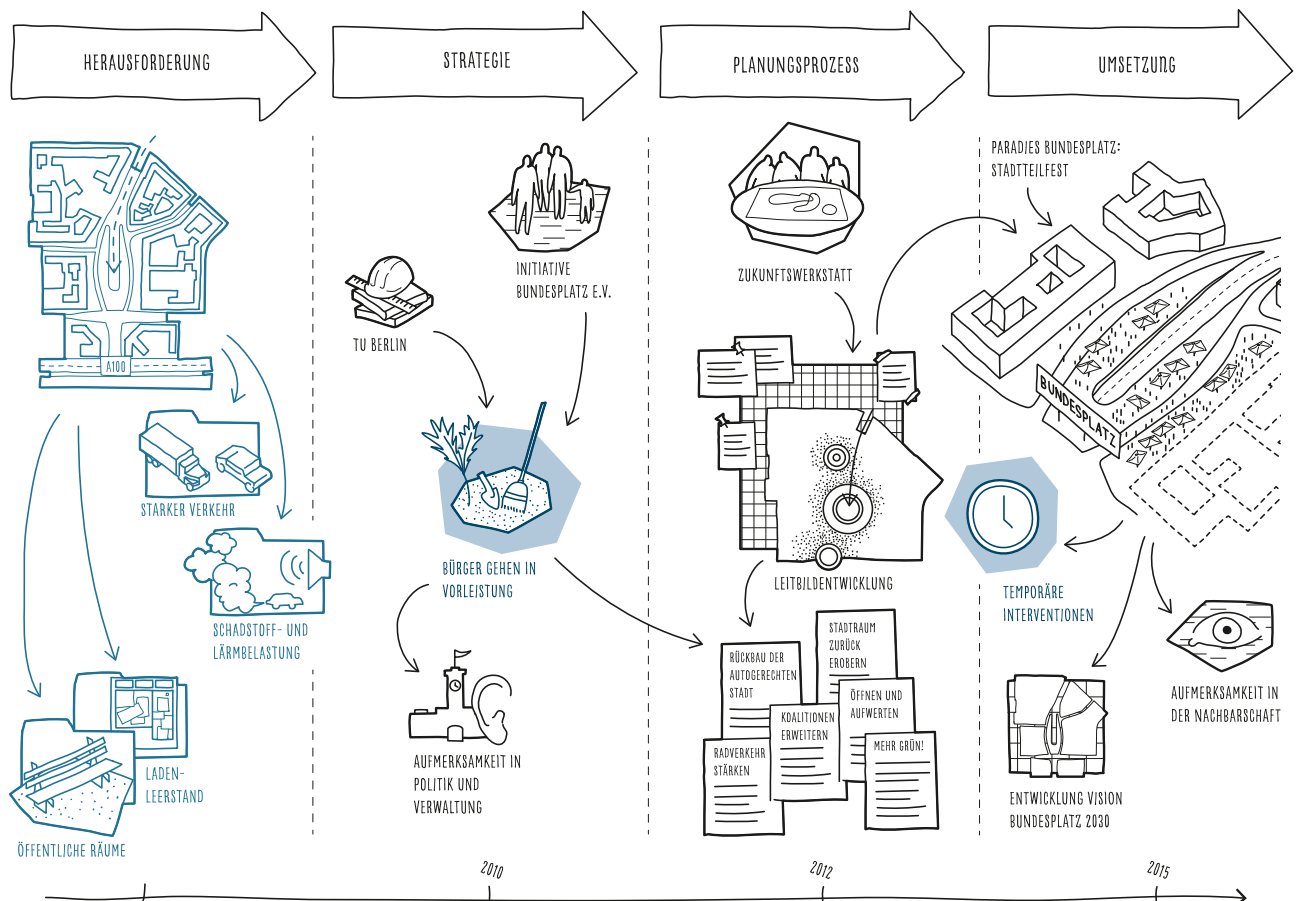
Bürgerinitiative als Initiator für Umgestaltung der autogerechten Stadt.

Förderung

/

Weitere Info

www.initiative-bundesplatz.de



ZWISCHENNUTZER:

BILDUNGS- UND KOMPETENZ- ZENTRUM „HAUSHALTEN“

Viele ostdeutsche Städte haben seit der Wiedervereinigung 1990 massiv an Bevölkerung verloren. Suburbanisierung, niedrige Geburtenraten und die Abwanderung aufgrund des ökonomischen Strukturwandels führten zu einem dramatischen innenstädtischen Leerstand. In Leipzig standen über 16 Prozent des Bestands leer, besonders betroffen waren die die Stadt prägenden Gründerzeitviertel.

Um die leerstehenden Gebäude vor Vandalismus und Verfall zu retten, wurden innovative Zwischennutzungskonzepte entwickelt. Im Jahr 2004 wurde „HausHalten e.V.“ gegründet mit dem Ziel, stadtbildprägende Gebäude kostengünstig an Künstlerinnen und Künstler, Initiativen und kreative Unternehmen zu vergeben. So wurden die Eigentümerinnen und Eigentümer von der akuten Sorge um ihre Häuser befreit und gleichzeitig wurden Räume für kulturelle und soziale Nutzungen aktiviert. Initiativen wurden als Zwischennutzer zu „Hauswächtern“. Zu ihren Pflichten gehörte es, die Räume zu renovieren, Kontrollgänge zu machen und kleinere Reparaturen zu übernehmen.

Mittelfristig leisteten diese Akteurinnen und Akteure einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung und Attraktivitätssteigerung der Gebiete und zur Entwicklung Leipzigs als Kunst- und Kreativstadt. Während einige Gebäude nach der Zwischennutzung durch die Eigentümerinnen und Eigentümer selbst wieder genutzt wurden, konnten andere Zwischennutzungen in langfristige Nutzung überführt werden.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Leipzig, Sachsen
seit 2004

Planungswerkzeuge

+ Zwischennutzungsvertrag
+ Schutz der Bausubstanz

Akteure

+ HausHalten e.V.
+ Stadt Leipzig

Innovationen

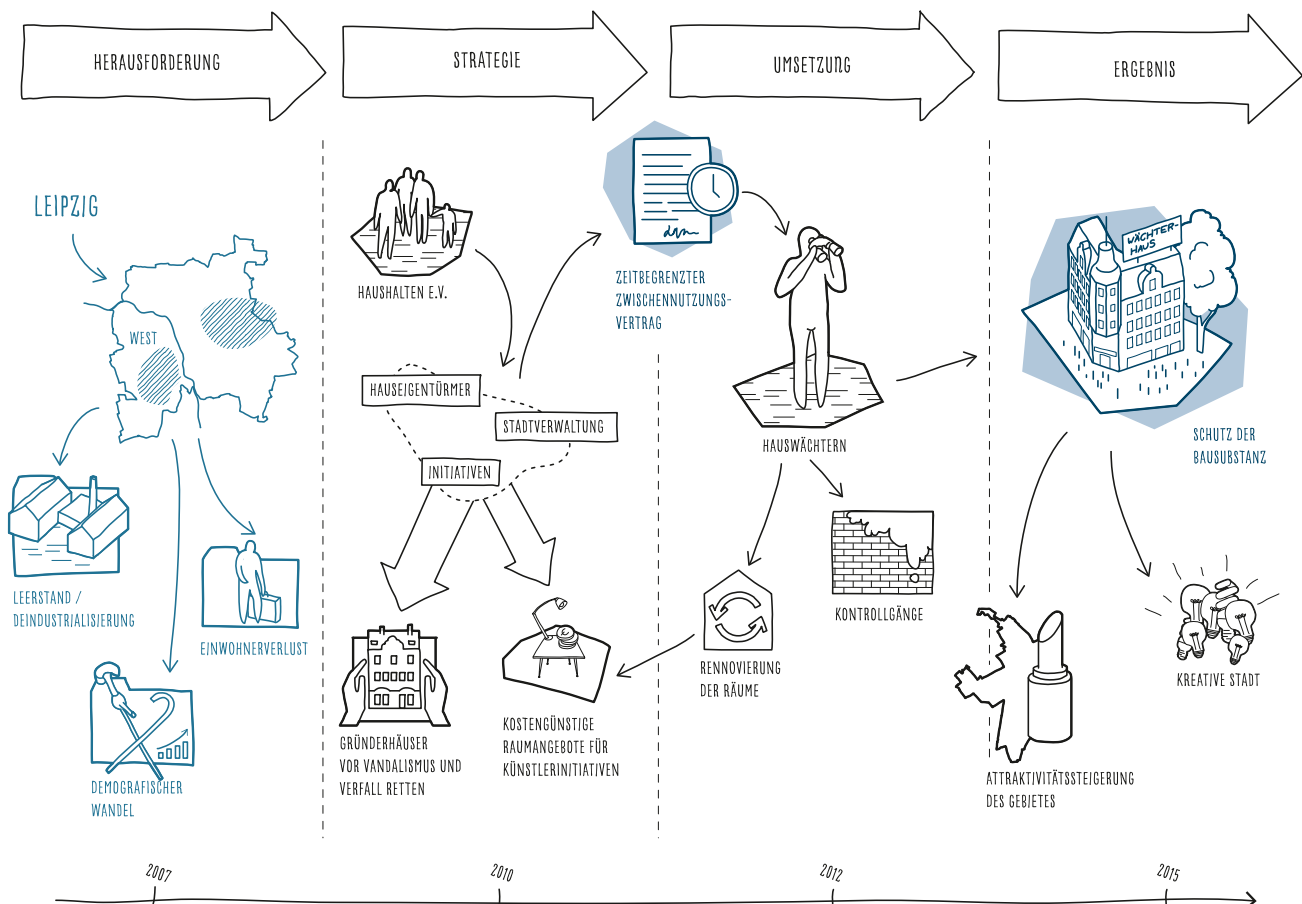
Entwicklung temporärer Liegenschaftsmodelle zur Aktivierung von benachteiligten Stadtteilen.

Förderung

+ Nationalen Stadtentwicklungspolitik
+ Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)
+ Stadt Leipzig

Weitere Info

www.haushalten.org



ZIVILGESELLSCHAFT: KITCHEN-HUB

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern ist die Einwanderungsgeschichte Deutschlands noch relativ jung. Angesichts der hohen Zahlen von Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, bestand die Notwendigkeit, neue und alternative Integrationsstrategien zu entwickeln. Der Berliner Verein „Über den Tellerrand e.V.“ ist eine von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Unterstützung interkultureller Kommunikation zwischen Geflüchteten und lokaler Nachbarschaft.

Ein Medium und Anlass für den Austausch ist für den Verein das gemeinsame Kochen und Essen. Nach der erfolgreichen Publikation eines Kochbuches mit Rezepten Geflüchteter, entwickelte der Verein in Kollaboration mit Lehrenden und Studierenden der Technischen Universität Berlin die Idee des Kitchen-Hubs: Ein ehemaliges Ladenlokal, in dem Geflüchtete und die Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes sich auf Augenhöhe begegnen, gemeinsam kochen, Tipps und Rezepte austauschen oder Flüchtlinge Kochkurse anbieten können.

Studierende der TU Berlin, Handwerkerinnen und Handwerker und Geflüchtete entwickelten und realisierten gemeinsam die Idee von modularen, flexibel zusammensetzbaren Küchenmodulen. So kann der Raum vielen verschiedenen Veranstaltungstypen Platz bieten, die unterschiedliche Gestaltungsanforderungen haben, zum Beispiel Kochkurse, Workshops, Diskussionsrunden oder informelle Treffen.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Berlin

2015

Planungswerkzeuge

+ Förderung der Zivilgesellschaft

+ Bauworkshop

Akteure

+ Über den Tellerrand e. V.

+ Habitat Unit TU Berlin, COCOON

Innovationen

Entwicklung neuer Integrationsstrategien

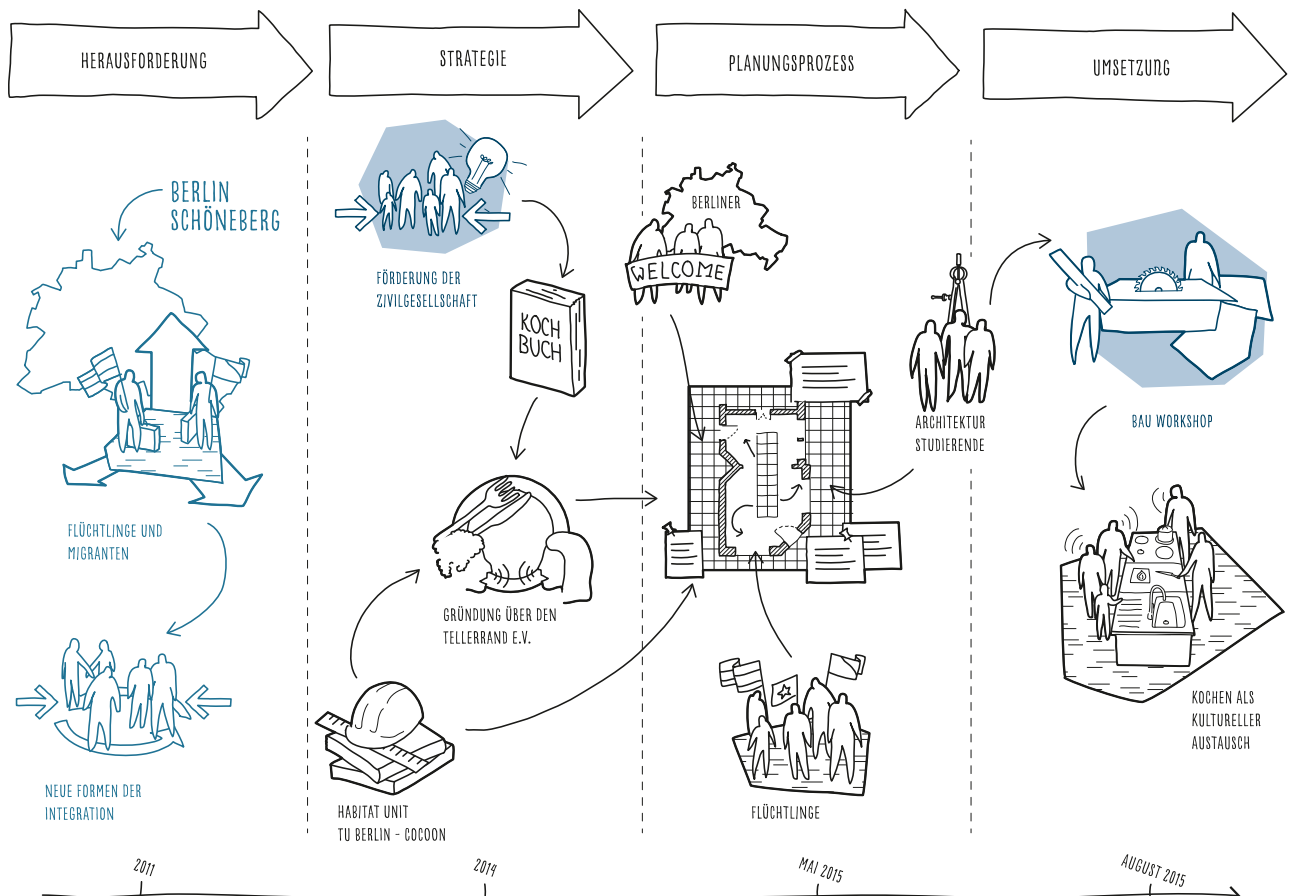
Förderung

+ STO-Stiftung.

Weitere Info

www.ueberdentellerrandkochen.de

www.cocoon-studio.de



JUGENDLICHE:

NEUE SKATE-HALLE

Das Kesselschmiede-Areal ist ein denkmalgeschütztes Gründerzeitgewerbegebiet im Norden von Kassel. Die meisten Hallen standen seit den 1970er Jahren leer und wurden teilweise von Kulturschaffenden kostengünstig angemietet. Seit 2011 hat auch der Skateboardverein Mr. Wilson e.V. hier ein neues Zuhause gefunden. Ziel des jungen Vereins war der Bau einer Skatehalle und die Schaffung jugendkultureller Freizeit- und Bildungsangebote. Zusammen mit den Akteurinnen und Akteuren des Stadtteils wurde das Nutzungskonzept der Halle abgestimmt und durch eine offene Kommunikationsstrategie auf eine breite Basis gestellt.

Die 1000 m² Skatehalle wurde in nur vier Monaten realisiert und fast ausschließlich in Eigenleistung ausgebaut. Das Engagement der Jugendlichen hat auch zur Renovierung weiterer Gebäudeteile geführt, die für Workshops, Veranstaltungen oder Kunstausstellungen weit über den Rollsport hinaus genutzt werden. Der Gebäudekomplex ist mittlerweile nicht nur Anziehungspunkt für die lokalen Jugendlichen, sondern auch Katalysator für die Wiederbelebung des umliegenden Gewerbegebietes.

STECKBRIEF

Ort und Zeitrahmen

Kassel, Hessen

2011

Planungswerkzeuge

+ Förderung der Zivilgesellschaft

+ Bauworkshop

+ Impulsprojekt

Akteure

+ Mister Wilson e.V.

+ Cluster e.V.

Innovationen

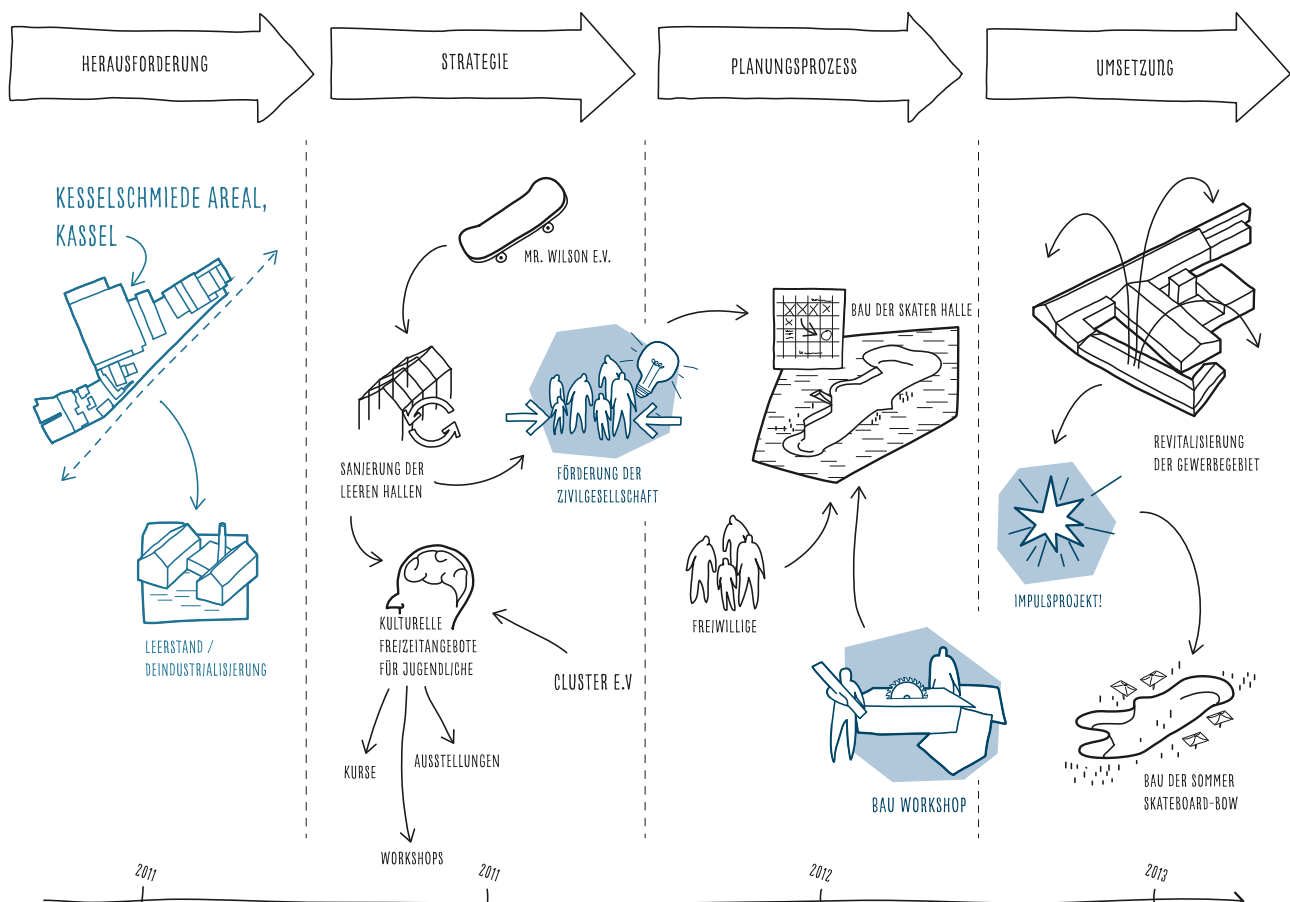
Verstärkung des sozialen Engagements von Jugendlichen und Kreativwirtschaft für die Revitalisierung leerstehender Industriegebiete

Förderung

+ Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)

Weitere Info

www.kesselschmiede-kassel.de



WERKZEUGKASTEN

Die Nachhaltigkeitsagenda geht alle an – auch wenn Städte weltweit über sehr unterschiedliche Handlungsvoraussetzungen und Ressourcen verfügen und mit spezifischen Herausforderungen ringen. Neben den angemessenen Rahmenbedingungen, die durch die nationalen Politiken geschaffen werden müssen, sind es vor allem horizontale Lernnetzwerke, Städtepartnerschaften, nationale Urbanisierungspartnerschaften und kreative Formate für den Erfahrungsaustausch, die städtische Akteurinnen und Akteure befähigen können, Antworten auf die vielfältigen Fragen städtischer Entwicklungen zu finden.

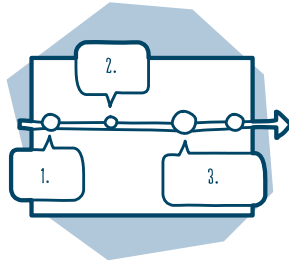
Viele Instrumente können zum Teil übertragen und kreativ an andere Kontexte angepasst werden. Dabei gibt es unterschiedliche Stärken – z.B. die technologischen, organisatorischen und prozesshaften Entwicklungsstandards in Städten der Nord-Halbkugel sowie die Erfahrungen zur Entwicklung „konsistenter“ und „suffizienter“ Lebensweisen und Produktionstechniken in Städten der Süd-Halbkugel. Die Anwendung der Instrumente setzt ausreichende quantitative und qualitative Personalausstattungen der Städte voraus. Grundlage dafür sind angemessene Aus- und Fortbildung sowie Angebote zum Erfahrungsaustausch zwischen städtischen Akteurinnen und Akteuren.

Das folgende Glossar gibt einen Überblick über neue Werkzeuge für eine akteurs- und prozessorientierte Stadtentwicklung, die von Akteurinnen und Akteuren in Deutschland im Rahmen konkreter Projekte der letzten Jahre entwickelt und getestet wurden. Wir hoffen, so das Interesse von Verwaltungen, Planerinnen und Planern und Bürgerinnen und Bürgern aus ganz anderen Stadtkulturen zu wecken und einen internationalen Erfahrungsaustausch zu befördern.



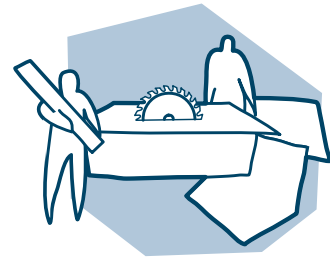
ALTERNATIVE LIEGENSCHAFTSMODELLE

Formen des gemeinschaftlichen Eigentums wie Allmenden, Genossenschaften und Stiftungen, die der Gemeinnützigkeit unterliegen, sind ein wichtiges Instrument, um in attraktiver und teurer werdenden Städten bezahlbare Wohn- und Lebensräume zu sichern. (siehe S. 42, 53, 55)



AKTIVIERUNG IN PHASEN

Es kann sinnvoll sein, ein Grundstück oder Gebäude in mehreren zeitlichen Phasen zu aktivieren, um auf sich verändernde Anforderungen und Entwicklungen flexibel reagieren und die Planung anpassen zu können. (siehe S. 53, 54)



BAUWORKSHOP

Ein Projekt oder Projektteile gemeinsam mit den Akteuren – etwa mit Jugendlichen oder Studierenden – im Rahmen eines Bauworkshops zu realisieren, trägt zur Entwicklung innovativer Ideen und zur Identifikation mit dem Vorhaben bei. (siehe S. 59, 60)



BÜRGERBEIRAT

Durch eine formalisierte und kontinuierliche Interessenvertretung von Nutzerinnen und Nutzern können Partizipationsprozesse transparenter und effektiver werden. (siehe S. 38)



BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerbeteiligung ist der Sammelbegriff für verschiedene Formate der Beteiligung von Nutzerinnen und Nutzern an Planungsprozessen. Hierbei geht es zunehmend um die aktive Mitwirkung und Teilhabe an Planungsprozessen. (siehe S. 38, 44, 46, 50, 51, 53, 54)



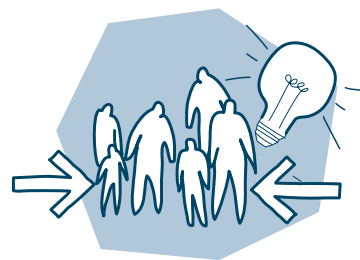
BÜRGERGUTACHTEN

Bürgergutachten können die oft diversen Ideen und Kommentierungen aus Partizipationsprozessen bündeln, fokussieren und deren Wertschätzung unterstreichen. (siehe S. 38)



BÜRGERKATALOG

Ergebnisse von Beteiligungsprozessen werden gesammelt, katalogisiert und somit für den weiteren Planungsprozess nutzbar gemacht. (siehe S. 38, 50)



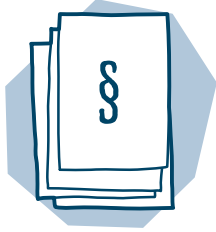
FÖRDERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Förderung der Zivilgesellschaft Eine aktive Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren und Beteiligungsprozesse im Quartier zu verankern. Die Zivilgesellschaft zu fördern kann deshalb die Transformation von Quartieren unterstützen. (siehe S. 44, 51, 59, 60)



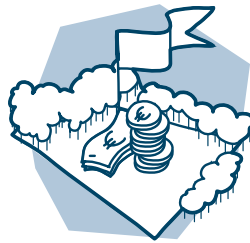
FREIWILLIGEN-AGENTUR

Eine Freiwilligen-Agentur koordiniert ehrenamtliches Engagement und übernimmt administrative Aufgaben. (siehe S. 44)



GEMEINSCHAFTLICHE GRUNDREGELN/ CODES

Durch die Formulierung einer informellen Charta oder Regelcodex können Werte, Qualitäten und Ansprüche an ein Stadtquartier definiert und in der Stadtöffentlichkeit formuliert werden. (siehe S. 56, 57)



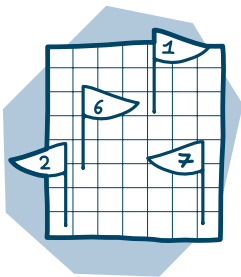
GRUNDSTÜCK DER VERWERTUNGS- LOGIK DES MARKTES ENTZIEHEN

Nachhaltige Bodenpolitik in Städten kann durch gezielte gemeinwohlorientierte Eigentumsformen, die einen gewinnorientierten Verkauf ausschließen, gefördert werden. (siehe S. 52)



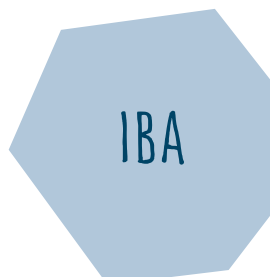
GRÜNDUNG E.G. / E.V.

Um effektiver an Planungsprozessen mitwirken zu können, formalisieren sich zivilgesellschaftliche Initiativen in Form von juristisch anerkannten, gemeinwohlorientierten Körperschaften. (siehe S. 52, 54, 58)



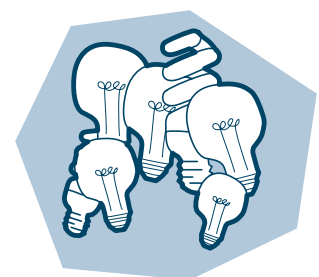
HANDLUNGSRÄUME

Handlungs- oder Transformationsräume werden in Integrierten Stadtentwicklungskonzepten identifiziert und bezeichnen die Räume, in denen der größte Bedarf, aber auch die größten Potenziale für Transformation vorhanden sind und in denen Ressourcen gebündelt werden sollen. (siehe S. 34, 36)



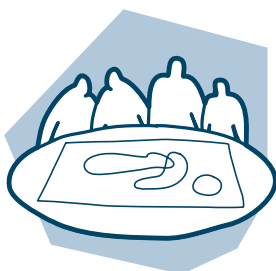
IBA

Eine Internationale Bauausstellung ist ein Instrument der Stadtentwicklung, über das innovative Lösungsansätze für besondere Herausforderungen, die mit herkömmlichen Ansätzen der Stadtentwicklung nicht bewältigt werden können, entwickelt werden. (siehe S. 32,38)



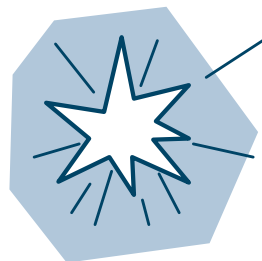
IDEENMARKT

Planungsprozesse können von offenen Plattformen und Events profitieren, bei denen Ideen und Konzepte ausgetauscht werden, und sich verschiedene Akteure auf Augenhöhe kennenlernen, vernetzen und gemeinsame Projekte entwickeln können. (siehe S. 46)



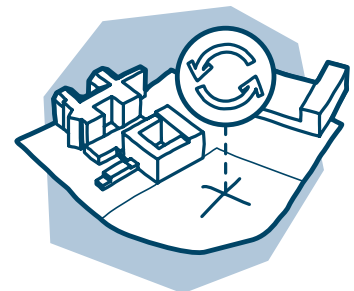
IDEENTISCHE

Planungsprozesse können auch direkt im Stadtraum stattfinden und somit sichtbar und erlebbar werden. Ideentische ermöglichen spontane Beteiligung vielfältiger Akteure. (siehe S. 34, 42, 50, 57)



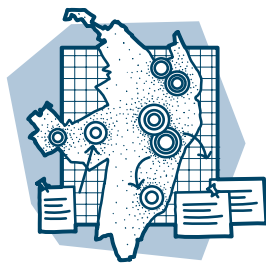
IMPULSPROJEKTE

Sichtbare Interventionen im Stadtraum können vor allem in frühen Planungsphasen Nutzerinnen und Nutzer zum mitdiskutieren und mitgestalten animieren und mögliche Nutzungsideen testen. (siehe S. 32, 36, 53, 60)



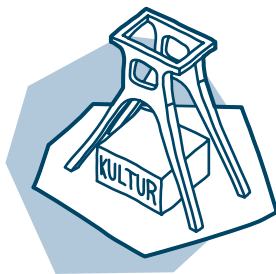
INSTANDNUTZUNG

Wenn marktorientierte Verwertungsprozesse scheitern, können über zeitlich begrenzte Nutzungsvereinbarungen mit lokalen Initiativen Gebäude oder Brachflächen gesichert und neue Nutzungsoptionen getestet werden. (siehe S. 58, 55)



INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte beschreiben ganzheitliche und zwischen allen am Prozess der Stadtentwicklung beteiligten Akteurinnen und Akteure abgestimmte Konzepte. Das Vorliegen eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts ist in Deutschland oft Voraussetzung dafür, dass Planungen durch Förderprogramme wie Soziale Stadt realisiert werden. (siehe S. 34,42)



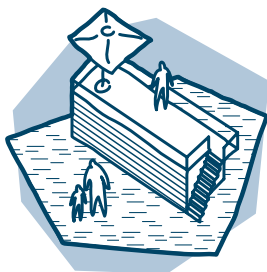
KREATIVE NACHNUTZUNG VON GEBÄUDEN

Kreative und künstlerische Nutzungen können leer stehende Gebäude aktivieren. Für Kulturschaffende und kleine Kreativunternehmen entstehen flexibel nutzbare und preisgünstige Arbeitsräume. Solche Umnutzungen tragen häufig zu Imagewandel und Aufwertung bei, die auch immobilienwirtschaftlich relevant werden. (siehe S. 32)



KULTURINSTITUTIONEN ALS AKTEURE DER STADTENTWICKLUNG

Kulturelle Institutionen sind wichtige öffentliche Ressourcen und Wissens-träger und können aktiv helfen Transformationsprozesse durch kreative Formate zu beleben. (siehe S. 44, 51)



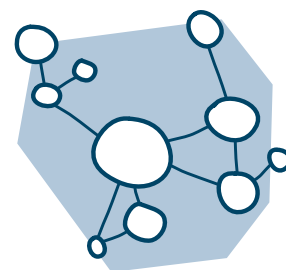
LABOR FÜR BETEILIGUNG

Durch mobile Interventionen im Stadt-raum können Planungs- und Beteili-gungsprozesse einen niedrigschwelligeren Austausch mit Nutzerinnen und Nutzern erzielen und oft schwer zu mobilisierende Bevölkerungsgruppen einbeziehen. (siehe S. 54, 56)



LEITBILDENTWICKLUNG

Unter einem Leitbild für die Entwicklung eines Projektes, einer Stadt oder einer Region wird ein definiertes, aber noch eher allgemeines Ziel verstanden, das von unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren gemeinsam und im Konsens erarbeitet wurde. (siehe S. 32, 42, 51, 53, 57)



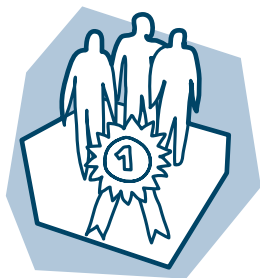
LOKALE VERNETZUNGEN STÄRKEN

Durch lokale Vernetzungen un-terschiedlicher Akteurinnen und Akteure kann es gelingen, zivilgesell-schaftliches Engagement und den Zusammenhalt im Quartier zu stärken. Vernetzungen können etwa durch eine Freiwilligen-Agentur gefördert werden. (siehe S. 51)



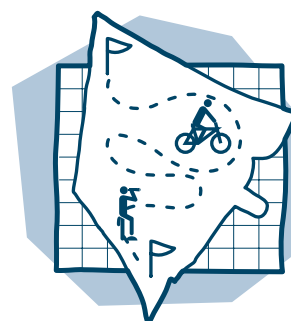
ONLINE DIALOG

Internet-basierte Beteiligungsformate sind ein wichtiger Baustein von Partizi-pation, über die sich Menschen, die nicht zu Bürgerveranstaltungen gehen möch-ten oder können, an Planungsprozesses beteiligen können. (siehe S. 34, 36)



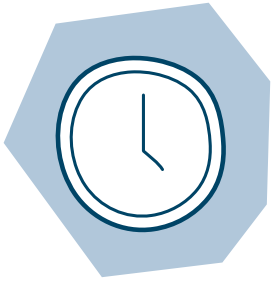
STÄDTEBAULICHER WETTBEWERB

Jenseits klassischer Planungswettbe-werbe können kooperative Verfah-ren zu inklusiven, beteiligungsorientierten Prozessen werden, bei denen Nutzerin-nen und Nutzer an der Formulierung der Auslobung, Rückkopplung und Entschei-dung aktiv mitwirkt. (siehe S. 38, 46, 56)



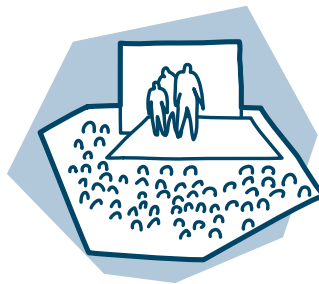
STADTSAFARI

Eine Stadtsafari bezeichnet einen Rundgang durch ein Quartier oder Pro-jektgebiet mit diversen Akteurinnen und Akteuren mit dem Ziel, lokales Wissen zu aktivieren und Entscheidungsträger für die Qualitäten und Herausforderun-gen des Quartiers zu sensibilisieren. (siehe S. 36, 38, 46)



TEMPORÄRE INTERVENTIONEN

Durch Events oder Installationen können auch ohne hohe Investitionskosten Transformationsprozesse im Stadtraum erlebbar gemacht werden. (siehe S. 50, 57)



THEMENABENDE

Themenspezifische Veranstaltungen können bei der Strukturierung von offenen Diskussionen komplexer Planungsaufgaben hilfreich sein. (siehe S. 46)



WISSENSTRANSFER

Lokale zivilgesellschaftliche Akteure aber auch Stadtverwaltungen können von der direkten Vernetzung mit anderen Städten von Projekterfolgen und -misserfolgen lernen. (siehe S. 55)



ZIVILGESELLSCHAFT GEHT IN VORLEISTUNG

Wichtige Impulse in der Stadtentwicklung können durch ehrenamtliches Engagement, Selbsthilfe, Initiativprojekte durch Nutzerinnen und Nutzer selbst gesetzt werden. (siehe S. 57)



ZWISCHENNUTZUNGSVERTRAG

Die vertragliche Regelung von temporären Nutzungen schafft Sicherheit und Vertrauen zwischen Nutzern, Eigentümern und der Verwaltung. (siehe S. 58)

Quellen

Altrock, Uwe, Harald Bodenschatz, Rainer Bohne, Matthias Frinken, Harald Kegler, Detlef Kurth, Cordelia Polinna, Angela Uttke (Hg.): Städtebau 2013 I 2014 DER GROSSE PLAN. Jahrbuch Städtebau der SRL// Redaktion und Konzeption gemeinsam mit // Berlin 2013

Bodenschatz, H./Gräwe, Ch./Kegler, H., Nägelke, H.-D./Sonne, W. (Hg.) STADT-VISIONEN 1910|2010 Berlin Paris London Chicago. 100 Jahre „Allgemeine Städtebau-Ausstellung in Berlin“. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung. DOM Publishers, Berlin 2010

Böttger, Matthias/Carsten, Stefan et al.: Spekulationen Transformationen - Überlegungen zur Zukunft von Deutschlands Städten und Räumen. Berlin 2016

Brake Klaus/ Herfert, Günter (Hg.): Reurbanisierung. Wiesbaden: Springer, 2012

Buttenberg, Lisa/ Overmeyer, Klaus/ Spars Guido (Hrsg.): Raumunternehmen. Berlin 2014

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Innovationen in der räumlichen Planung. IzR 3.2015, Bonn 2015

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Die Stadt von Übermorgen. IzR 4.2015, Bonn 2015

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): Im Schatten der Reurbanisierung? Suburbias Zukünfte. IzR 3.2016, Bonn 2016

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung: Herausforderungen und Chancen für Stadtentwicklung und Städtebau. Positionspapier der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung zu Aufgaben und Handlungsfeldern aktueller Stadtentwicklung in Deutschland auf Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden. Berlin 2014

Misselwitz, Philipp/ Oswald, Philipp/ Overmeyer, Klaus (Hrsg.): Urban Catalyst The Power of Temporary Use. Berlin, 2013

Misselwitz, P. Muñoz, M R., Walter A.M., Salcedo, J. (2016) „The Urban Dimension of the SDGs: Implications for the New Urban Agenda“. Working Paper commissioned by GIZ. Eschborn/ Berlin.

Bildnachweis

Alle Illustrationen © Luca Mulé

Seite 3, Professor Harald Herrmann © Milena Schlösser

Seite 11, Paradies Bundesplatz © M. Burke

Seite 31, 01 – 10. Bundeskongress NSP, Leipzig März 2016 © Kathrin Beckers, 02 – Kuratoriumssitzung © Andreas Kaufmann, 03 – Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit Südafrika © Milena Schlösser, 04 – Honorary Hotel und HAL Residency © Ariane Jedlitschka

Seite 33, 01 – Jahrhunderthalle © NatiSythen, 02 – Piazza-Metallica © Michael Latz, 03 – Landschaftspark Duisburg Nord © Ra'ike, 04 – Essen – Zeche-Zollverein © Avda, 5 – Sintergärten © Michael Latz

Seite 35, 01 – Coverbild des Heftes zur Ergebnis der Beteiligungsverfahren, 02 – Stadt im Gleichgewicht, diagrammatische Darstellung, 03 – Podiumsdiskussion, 04 – Stadtsafari © Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA 1/2

Seite 37, 01 – Multikulturelle Vielfalt, die verlängerte Jungbuschstraße zwischen den G- und H Quadraten, 02 – Innenstadtsafari Route 3: Kreatives Mannheim, 03 – Iddentische: Diskussion von Einzelfragen in kleineren Arbeitsgruppen, 04 – Tunnelkunst in der Unterführung Dalbergstraße, 05 – Ideentisch: Kreatives Mannheim, Erkenntnisse © Norbert Gladrow, Ben Van Skyhawk, Michael Wolf u.a.

Seite 39, 01 – Arbeit am Bürgergutachten © Hans-Werner Preuhsler, 02 – Bürgerspaziergang © Thüringer Landesgartenschau, 03 – Preisverleihung zum Kernzonen-Wettbewerb © Thüringer Landesgartenschau

Seite 43, 01 – Strassenfassade und Eingang Tapetenwerk © Regentaucher, regentaucher.com, 02 – Maschinenfabrik Philipp Swiderski © Johannes Wobus, 03 – Innenhof des Tapetenwerks © Regentaucher, regentaucher.com, 04 – Nachbarschaftsgarten im Leipziger Westen © Claudia Maicher

Seite 45, 01 – Hotel Neustadt © Raumlabor, 02 – Sicht aus der ehemaligen Wohnturme © Raumlabor, 03 – Skatepark Neustadt © Matthias Aust, Michael Förster und studio 51 | Wolfgang Aldag, studio 51, 04 – Skatepark Neustadt © Matthias Aust, Michael Förster und studio 51 | Wolfgang Aldag, studio 51

Seite 47, 01 – Begehbare Modell © Ulrich Kaifer für Urban Catalyst Studio, 02 – Ideen Markt © Matthias Knepeck für Urban Catalyst Studio, 03 – Begehbare Modell © Ulrich Kaifer für Urban Catalyst Studio, 04 – Stadt Safari © Matthias Knepeck für Urban Catalyst Studio, 05 – Parkbankgespräch Perspektive © RMP Architekten.

